Nummer 10 Pfg. Auflage über 60000.

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Expedition: Neue Graupenstraße 5 und durch Austräger zu beziehen.
Preis pro Woche 30 Pfg.
„ „ Monat 1.25 Mk.
„ für 3 Monate 3.90 „
Durch die Post bezogen 3.75 „
frei ins Haus 4.17 „
wo keine Post am Orte 4.56 „

Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 1206.
Postscheck-Konto Breslau Nr. 5852.

Volkswacht

für Schlesien und „Liegnitzer Volkszeitung“.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Anzeigenpreis beträgt für die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum für Breslau und Schlesien 35 Pfg., außerhalb 45 Pfg. Doppelzeile unter Text 1.20 Mk. Arbeitsmarkt, Wohnungs-, Vereins- u. Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. Familien-Nachrichten 25 Pfg. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 8 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Fernsprecher: Redaktion Nr. 3141.
Postscheck-Konto Breslau Nr. 5852.

Nr. 135. Breslau, Mittwoch, den 12. Juni 1918. 29. Jahrgang.

Kein gleiches Recht!

Nieder mit dem gleichen Recht!

Voll Bewunderung und voll Dankbarkeit blickt der Kriegsminister, wie er gestern im Reichstage versicherte, auf die Leistungen der deutschen Soldaten — diesen Männern aber das gleiche Recht in Preußen zu geben, wie der König es ihnen versprochen hat, dessen weigern sich die konservativen Junker und Junkergenossen mit ihrem nationalliberalen Schwerverdieneranhängsel nach wie vor.

Das preußische Abgeordnetenhaus, dieses Ueberbleibsel aus finsteren Tagen, hat gestern die vierte Lesung der Wahlrechtsvorlage vorgenommen und hat es dabei fertig gebracht, nicht nur das Mehrstimmenwahlrecht in das Gesetz einzufügen, sondern auch noch sehr erhebliche Verschlechterungen herbeizuführen. Von ihnen ist in erster Linie die Erhöhung der Ortsansässigkeit von einem auf zwei Jahre und ferner die Bestimmung zu nennen, daß zu Verfassungsänderungen nicht nur eine Zweidrittel-, sondern sogar eine Dreiviertel-Mehrheit in beiden Häusern gehören soll. Die Wiederherstellung des gleichen Wahlrechts wurde mit 255 gegen 164 Stimmen abgelehnt, aber die Mehrheit glaubte, die Herausforderung so weit treiben zu dürfen, daß sie sogar die Gewährung einer Zusatzstimme an alle Kriegsteilnehmer ablehnte. Hier stimmten in ihrer dogmatischen Verranntheit auch die Unabhängigen mit der Rechten, nachdem bereits in der allgemeinen Besprechung der Redner Ströbel sich fast ausschließlich gegen die Redner der Linken, den Fortschrittler Pachnicke und den Sozialdemokraten Leinert gewendet hatte, die die Sache des gleichen Wahlrechts in Gemeinschaft mit dem Nationalliberalen Lukas nicht nur entschieden, sondern auch mit der nun notwendigen Schärfe verfochten hatten.

Die Wahlrechtsfeinde beschränkten sich auf ganz kurze Erklärungen, nur Herr Lohmann, der übrigens den Vorsitz der nationalliberalen Fraktion endlich doch niedergelegt hat, verteidigte sein Kompromiß.

Obgleich man die Sitzung weit über die gewohnte Zeit hinauszog, wurde man mit der Wahlrechtsvorlage nicht fertig. Die Beratung wird heute Mittwoch fortgesetzt. Die Regierung erklärte durch den Minister Drews das Kompromiß für unannehmbar, aber da sie vorläufig doch nicht entschlossen ist, das Haus aufzulösen, kennt der Uebermut der Reaktionäre keine Grenzen mehr.

Mit 251 gegen 147 Stimmen hat die wahlrechtsfeindliche Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses abgelehnt, den Kriegsteilnehmern auch die Zusatzstimme zu geben.

Vorläufig haben die Wahlrechtsfeinde gesiegt. Es ist ihnen nicht wohl dabei bis zur fünften Lesung am 3. Juli werden sie neue Anschläge ausklügeln. Aber das Volk wird auf der Wacht sein, entschlossen, das ehrlich gleiche Wahlrecht unter allen Umständen zu erringen.

* * *

Heeresfragen im Reichstag.

Die Beratung des Heeresetats hatte insofern eine duftige Einleitung, als der Abg. Dr. Müller-Meiningen eine Anfrage einbrachte über jenes merkwürdige Erzeugnis, welches unseren Soldaten unter dem Namen „Kriegstabaksmischung“ zugemutet wird. Diese Mischung darf insofern als unverfälscht bezeichnet werden, als sich das Buchenlaub wirklich eines Zusatzes fremder Bestandteile nicht erfreuen kann. General v. Oven konnte die Beschwerde nicht entkräften. Vorläufig ist ja nun das Heer von der Zumutung befreit, die deutschen Waldbestände aufzurauchen, da aber der Tabak zur Neige gehen soll, sind die Aussichten trübe. Bei den zurückgestellten Abstimmungen zum Reichsamt des Innern ist hervorzuheben, daß die sozialdemokratischen Anträge auf Erhöhung der Familienunterstützung abgelehnt sind.

Zu den Militär-Anträgen brachte der Kriegsminister die Begründung bei. Dann sprach der Abg. Wirth mit einer beim Zentrum immerhin ungewohnten Schärfe. Heiterkeit erweckte sein Zitat des Volkswitzes: k. v. keine Verbindungen, g. v. gute Verbindungen, a. v. ausgezeichnete Verbindungen bei der Musterung. Ihm folgten Ausführungen unseres Genossen Schöpflin, der sich gegen den unnötigen Dienst-Drill, das Burschenwesen und gegen den Unfug wandte, der mit den Verwundeten-Abzeichen getrieben wird; auch das Eiserne Kreuz habe an Ansehen verloren. Als letzter nahm der Volksparteiler Dr. Haas das Wort.

* * *

205000 Gefangene.

Berlin, 11. Juni. Die Zahl der Gefangenen, die seit dem 21. März die Entente im Westen an Deutschland verlor, hat sich auf über **205000** erhöht. Desgleichen ist die Geschützbeute die bisher **2250** betrug, infolge des neuen deutschen Sieges zwischen Montdidier und Noyon gewachsen. Die Entente hat nunmehr auf den verschiedenen Angriffsfronten das gesamte, auf über 270000 Kilogramm zu veranschlagende eingebaute Stellungsmaterial in der ganzen Tiefe der hintereinander liegenden Verteidigungszone mit ungezählten Munitionslagern, Depots und Bahnen verloren. Die blutigen Verluste haben sich zu ungeheuren Zahlen gesteigert.

Der letzte Vorstoß.

Berlin, 11. Juni. Der Angriff der Armee des Generals von Hutier südwestlich von Noyon traf einen Frontraum des Feindes, auf dem der Gegner einen Angriff erwartete und erwarten mußte. Um so höher steigt die Bedeutung des neuen deutschen Sieges. Als im Morgengrauen des Sonntags die deutschen Stoß-Divisionen zum Sturm antraten, mußten sie ein flaches, mit kniehohem Gras bestandenes Wiesengelände überschreiten, in dem sich eine feindliche Verdrahtung mit der anderen verflocht. Unter dem Schutz der Artillerie vollzog sich der Anlauf hemmungslos bis über die ersten feindlichen Gräben hinaus, deren schwache Besatzungen überlaufen wurden. In der zur zweiten Stellungslinie führenden tiefen Zone kam es bald zu hartnäckigen Kämpfen. In kurzer Zeit wurde jedoch der Widerstand gebrochen. Bereits um die Mittagsstunde hatte die Wucht des Ansturms das feindliche Stellungssystem in 5 Kilometer Tiefe, an einzelnen Stellen bis zu 7 Kilometer Tiefe glatt durchstoßen und die von den Franzosen zur Verteidigung hergerichteten Ortschaften überlaufen. Immer wieder versuchte der Gegner durch Gegenstoß den deutschen Ansturm aufzuhalten. Um die Mittagszeit war überall im Angriffszentrum der Franzose aus den Gräben ins freie Feld geworfen.

Am zweiten Angriffstage wurden dem Gegner die Höhen von Morgualiglee entrissen und der Wignernentberg südlich des Matz gestürmt. Der Anblick der Kampfstätten an den französischen Rückmarschwegen bestätigt die Angaben der niedergedrückten Gefangenen über die schweren blutigen Verluste des Feindes.

Ins Meer versenkt.

Berlin, 10. Juni. Amtlich. **Im Mittelmeer versenkten unsere U-Boote 7 Dampfer von etwa 28 000 Brutto-Register-Tonnen.** Unter diesen befanden sich die englischen bewaffneten Dampfer „Cambrian King“ (3601 Brutto-Register-Tonnen) mit Flugzeugen und der Dampfer „Saetabon“ (3189 Brutto-Register-Tonnen) mit 4000 Tonnen Kohle und 200 Tonnen Stückgut.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Deutscher Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 11. Juni. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Die tagsüber mäßige Gefechtstätigkeit lebte nur beiderseits der Somme auf. Nach starker Feuersteigerung griff der Feind am Abend zwischen Ancre und Somme an. Oertlicher Einbruch des Feindes an der Straße Corbie—Bray wurde durch Gegenstoß zum Stehen gebracht. Vor der übrigen Front brach der Angriff blutig zusammen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. In zwei Kampftagen hat der Angriff der Armee des Generals von Hutier zu dem beabsichtigten Erfolge geführt und uns in den Besitz des Höhengeländes südwestlich von Noyon gebracht. Der Stoß traf einen auf unseren Angriff vorbereiteten, tief gegliederten Feind in stärkster Stellung. Die französischen Divisionen konnten trotzdem der ungestümen Angriffskraft unserer Truppe nicht widerstehen. Auch die zu einheitlichen Gegenangriffen herangeführten Divisionen der französischen Heeresreserve wurden gestern in erbitterten Kämpfen zurückgeschlagen.

Auf rechtem Angriffsflügel behaupteten Truppen des Generals von Oetinger die südlich von Assainvillers genommenen feindlichen Linien gegen heftige Gegenangriffe.

Die Truppen des Generals von Webern stehen im Kampf bei Courcelles und Mery. Beiderseits der großen Straße Roye—Estrees—St. Denies eroberten sie den Höhenrücken östlich von Mery, durchstießen die vierte feindliche Stellung und warfen den Feind auf die Aronde zurück.

Trotz zäher feindlicher Gegenwehr erkämpften sich die Truppen des Generals von Schoeler den Uebergang über die Matz. Nach Erstürmung der Höhe von Marquelise und des Vignemont-Berges drangen sie im unaufhaltsamen Angriff bis Antheuil vor.

Das Korps des Generals Hofmann hat in stetem Kampf feindliches Stellungsgewirr auf den Höhen südlich von Thiescourt durchstoßen. Auf den nach Süden zur Oise abfallenden Hängen drangen wir bis Ribecourt vor.

Die Gefangenenzahl hat sich auf mehr als 10 000 erhöht. Damit steigt die Zahl der von der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz seit 27. Mai eingebrachten Gefangenen auf etwa 75 000.

Auf der ganzen Front von der Oise bis Reims ist die Lage unverändert. Erneute Angriffe des Feindes nordwestlich von Chateau-Thierry brachen verlustreich zusammen.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Berlin, 11. Juni, abends. (Amtlich.)

Auf dem Kampffelde südwestlich von Noyon sind erneute Gegenangriffe der Franzosen unter schweren Verlusten gescheitert.

Wien, 11. Juni. (Amtlich.)

An der unteren Piave scheiterten abermals zwei italienische Vorstöße. Auch in der Frenzela-Schlucht wurden feindliche Erkundungsabteilungen abgewiesen.

Nordwestlich von Morea in Albanien haben die Franzosen ihre Angriffe wieder aufgenommen.

Immer noch neue Feinde.

Berlin, 12. Juni. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die Nachricht, daß die Republik Costarica dem Deutschen Reiche den Krieg erklärt hat, ist nunmehr amtlich bestätigt worden. Die Kriegserklärung ist durch ein Regierungsdekret vom 5. Juni d. J. erfolgt.

Anstürme der Feinde.

Berlin, 11. Juni. Nördlich der Somme verstärkte sich im Laufe des 10. Juni das feindliche Artilleriefeuer zu großer Heftigkeit. Nach kurzer Feuervorbereitung griff der Feind am Abend des Tages in vier Kilometer Breite auf der Linie nordwestlich Morlancourt bis zur Somme an. Auf den Flügeln brach der Angriff unter hohen blutigen Feindverlusten zusammen. In der Mitte der Angriffsfront wurden örtliche Einbrüche in unsere vorderen Linien durch Gegenstoß zum Stehen gebracht.

Nordwestlich Chateau-Thierry, südlich des Ligmonbaches, richteten die Amerikaner in mehreren Wellen Angriffe gegen unsere Stellungen. Sie wurden unter besonders schweren Verlusten abgewiesen und flüchteten in unserem Verfolgungsfeuer in ihre Ausgangsstellungen zurück. Auch ein gegen unsere Stellungen westlich Chateau-Thierry nach kurzem Artilleriefeuer eingesetzter dreimaliger Angriff scheiterte restlos.

Berichte der Gegner.

Französischer Heeresbericht vom 10. Juni nachmittags. Der deutsche Vorstoß wurde gestern abend und in der Nacht mit der gleichen Erbitterung fortgesetzt. Auf dem linken französischen Flügel wurden mehrmalige heftige Angriffe durch unser Feuer und Gegenangriffe gebrochen. Das genommene und wiedereroberte Courcelles blieb in unseren Händen. Auf dem rechten französischen Flügel hielten wir uns südöstlich von Ville, um das lebhaft gekämpft wurde. Die Franzosen machten mehr als 500 Gefangene im Verlaufe verschiedener Gefechte. In der Mitte suchte der Feind durch Einsatz neuer Kräfte seinen Fortschritt zu erweitern. Es gelang ihm, die südliche Umgebung von Cuvilly, den Wald von Ressons an der Matz und die Hochfläche von Bellinglise zu erreichen. Weiter östlich ging der Kampf um den Wald von Thiescourt und Elscourt weiter. Nach übereinstimmenden Aussagen von Gefangenen hat die Schlacht bisher die angreifenden Truppen ungeheure Verluste gekostet. Nördlich von Reims war der Artilleriekampf ziemlich lebhaft. Die Franzosen ergänzten die Vorbereitung zu der gestern begonnenen Schlacht östlich von Hautebray und machten 150 Gefangene. Zwischen Ourcq und Marne schlugen wir mehrere deutsche Angriffe östlich von Vinly zurück. In Fortsetzung des Vordringens in der Gegend von Bussiares gewannen die französisch-amerikanischen Truppen Gelände. Sie erhöhten die Zahl der Gefangenen auf 250 und erbeuteten 30 Maschinengewehre. (Siehe den deutschen Bericht.)

Französischer Bericht vom 11. Juni nachmittags. Die Deutschen setzten gestern abend und in der Nacht ihren Druck in Richtung auf Estrees, St. Denis und Ribecourt fort. Auf dem linken Flügel wurde der Widerstand der Franzosen wirksam. Die Deutschen konnten weder La Playron noch Courcelles nehmen. Das Dorf Mery wurde gestern abend 10 Uhr von den Franzosen wiedererobert. In der Mitte machten die Deutschen die stärksten Anstrengungen an der Front Belloy-Marquelise, wo ein mit starken Kräften unternommener gewaltiger Angriff die Franzosen anfangs bis La Ronde zurückzuwerfen vermochte. Aber ein glänzender Gegenangriff der französischen Truppen drängte den Feind an dieser ganzen Front zurück und stellte die Stellungen auf der Linie südlich Belloy-St. Maur, südlich von Marquelise und von Vandricourt wieder her. Auf dem rechten französischen Flügel spielten sich heftige Kämpfe an dem Waldstück nördlich von Dreslincourt ab. Die Deutschen, die in dieser Gegend starke Kräfte zusammengezogen hatten, konnten bis nach Antoeul gelangen. Sie zwangen die französischen Truppen, ihre Widerstandslinie westlich und südlich von Ribecourt zurückzunehmen.

Englischer Heeresbericht vom 10. Juni morgens. Wir machten gestern einen erfolgreichen Vorstoß gegen einen deutschen Posten im Abschnitt nordöstlich von Bethune. Ein feindlicher Angriff, der am Abend auf einen unserer Posten im Walde von Avelun unternommen wurde, wurde abgeschlagen.

Die Tschechen in Sibirien.

Wien, 11. Juni. (W. T.-B.) Die Blätter berichten aus Kiew: Zu der bereits gemeldeten Entwaffnung der „tschecho-slowakischen Aufrührer“ in Rußland werden noch folgende Einzelheiten bekannt, die die ganze Vorgeschichte und den Verlauf des tschecho-slowakischen Abenteuers beleuchten. Die Ursache des über Moskau verhängten Kriegszustandes bildete das Auftreten der Tschecho-Slowaken. Diese erhielten im März 1918 von den Volkskommissaren die Erlaubnis, bewaffnet über Wladiwostok an die französische Front abzugehen. Längs der sibirischen Hauptbahnlinie setzten sie sich nachher an vielen Punkten fest und brachten zahlreiche Orte in ihre Gewalt. Sie versuchten ferner, sich auch der Städte Tscheljabinsk, Sensa und Rusajewka nördlich von Pensa, sowie Samara und Sysran zu bemächtigen und agitierten gegen die Sowjetregierung. Diese befahl hierauf die Entwaffnung der Tschecho-Slowaken und sammelte stärkere Streitkräfte im Raume Penza-Rusajewka. Ueber 3000 bewaffnete Tschecho-Slowaken hatten Penza besetzt. Sie wurden von den Sowjettruppen in zweitägigem Kampfe hinausgeworfen. Die Tschecho-Slowaken beabsichtigten angeblich, längs der Bahn gegen Samara vorzugehen. Für Samara wurde ebenfalls der Kriegszustand verhängt. Im ganzen scheinen dort gegen 12 000 Tschecho-Slowaken gestanden zu haben, die den letzten Meldungen zufolge sich nun unterworfen.

Kompromisse gegen das gleiche Wahlrecht.

Abgeordnetenhaus.

1[illegible]6. Sitzung, Dienstag, 11. Juni, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Friedberg, Dr. Drews.

Präsident Graf **Schwerin-Löwitz** eröffnet die Sitzung.

Vierte Lesung der Wahlrechtsvorlage.

Nach einer Vereinbarung findet zunächst eine allgemeine Besprechung statt, danach die Einzelberatungen und zum Schluß die Gesamtabstimmung über alle drei Gesetze in einer Abstimmung.

Es sind bereits eine Reihe von Abänderungsanträgen eingegangen, zunächst handelt es sich um die Ausfüllung der Lücke, die durch die Ablehnung des § 3 (gleiches Wahlrecht) entstanden ist. Ein fortschrittlicher Antrag will den § 3 in der Regierungsvorlage wiederherstellen, ein Antrag Lucas (Natl.) will dem § 3 die Fassung geben: „Jeder Wähler hat eine Stimme."

Ferner liegt der Kompromißantrag von Heydebrand (kons.), Lüdicke (fk.), Dr. Lohmann (natl.), v. d. Hagen (Ztr.) vor, nach dem im § 3 festgesetzt werden soll, daß jeder Wähler eine Grundstimme hat. Eine Zusatzstimme soll erhalten, wer mindestens 50 Jahre alt ist, mehr als 10 Jahre im Reichs-, Staats- und Kommunaldienst tätig war, in Land- und Forstwirtschaft, Industrie und Gewerbe selbständig tätig ist oder in gehobener Stellung dort beschäftigt ist. Außerdem soll nur wahlberechtigt sein, wer seit mindestens drei Jahren staatsangehörig ist und seit zwei Jahren in einer Gemeinde seinen Wohnsitz hat. Der Kompromißantrag will eine Verfassungsänderung nur bei Dreiviertelmehrheit zulassen.

Das Zentrum hat wieder seine Sicherungsanträge eingebracht (Verankerung der konfessionellen Volksschule in der Verfassung, Aufrechterhaltung der Befugnisse und Einkünfte der Kirche). Die Arbeitervertreter des Zentrums, **Brust und Gen.**, fordern in erster Linie das gleiche Wahlrecht und beantragen weiter eine Milderung der Kompromißanträge (Wohnsitzdauer ein halbes Jahr usw.).

Die Beratung beginnt mit der

allgemeinen Aussprache.

Abg. Dr. v. Heydebrand (kons.): Meine politischen Freunde werden für die Kompromißanträge stimmen, obwohl sie nicht ganz unseren Ansichten entsprechen. Wir sind aber der Meinung, daß diese Anträge im Interesse des Landes liegen. (Beifall rechts, Lachen links.)

Abg. Dr. Porsch (Ztr.):

Der gestrige Tag hat eine ganz unerwartete Wendung gebracht. Die Parteien, die den Mehrstimmenantrag eingebracht haben, sind bereit, für unsere Sicherungsanträge zu stimmen. Das hat meine Freunde in eine außerordentlich schwierige Situation gebracht. (Hört, hört! links.) Mit Rücksicht auf diese Bereitwilligkeitserklärung und mit Rücksicht darauf, daß die Volkspartei und die Sozialdemokraten diese Sicherungsanträge abgelehnt haben, wird ein Teil meiner Freunde für die Kompromißanträge stimmen. (Stürmisches Hört, hört! links. — Zuruf des Abg. **Hirsch** (Soz.): Hergabe des gleichen Wahlrechts.) Die Sicherungen werden aber erst wirklichen Wert erhalten, wenn es gelingt, mit der Staatsregierung zu einem Einvernehmen zu gelangen. In dieser Hoffnung werde ich und die Mehrzahl meiner Freunde für die Wiederherstellung des § 3 der Regierungsvorlage stimmen. (Bravo! links.) Die übrigen Anträge werden wir wohl einstimmig ablehnen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Lüdicke (fk.): Wir stimmen den Kompromißanträgen durchweg zu. (Beifall.)

Abg. Dr. Pachnicke (F. Vpt.):

Zu ganz so kurzen Erklärungen wie der Vorredner kann ich mich nicht verstehen. (Heiterkeit.) Die Arbeit der Mehrheit fordert die lauteste und härteste Kritik heraus. (Sehr richtig! links.) Alle Verhandlungen, die wir monatelang geführt haben, werden plötzlich umgestoßen. Wir erleben eine dritte und vierte Auflage, aber keine verbesserte. (Sehr richtig! links.) Wer sagt es, daß nicht noch eine fünfte und sechste Lesung herbeigeführt werden soll? ((Zuruf links: Das ist ja die Absicht!) Das Kompromiß ist ängstlich geheim gehalten worden, und welche Haltung auch gegenüber der Regierung! Ich bewundere die Geduld der Regierung.

Ungeheuerlich ist die Dreiviertelmehrheit die uns angesonnen wird, die jedoch immer zögert, das letzte, entscheidende Wort „Auflösung" auszusprechen. Die erste Kammer soll unauflösbar sein. Die Konservativen zeigen sich wieder in ihrer ganzen Blöße, aber daß ein Teil der Nationalliberalen diese Gesetzgebung mitmacht, ist mir unbegreiflich. Das ist nicht mehr liberal, sondern reaktionär. (Zustimmung links.) Man sollte das Wort „liberal" jetzt aus der Firma streichen. Das Königswort kann nicht zurückgenommen werden, es muß eingelöst werden; mit dem Kompromißantrag mutet man dem König zu, sein Wort zu brechen. (Lebhafter Beifall links, Widerspruch rechts.)

Minister des Innern Dr. Drews:

Der Kern des Gesetzes und der heutigen Anträge ist der § 3. Der frühere Antrag Lohmann widersprach dem Grundgedanken des gleichen Wahlrechts, an dem die Regierung festhalten muß. Die vorliegenden Anträge machen Unterscheidungen zwischen gehobenen und gewöhnlichen Arbeitern, und das Wahlrecht außerdem von einem längeren Wohnsitz abhängig. Auf den Boden dieses Antrages kann die Regierung nicht treten. Er würde ein Zustandekommen der Vorlage ausschließen.

Abg. Lucas (natl.):

Man braucht kein großer Prophet zu sein, um sich zu sagen, daß die Regierung dem Kompromißantrag nicht zustimmen kann. Ich erkläre für meine Freunde, daß wir den Antrag rundweg ablehnen. (Beifall links.) Diese Anträge sind schon jeder für sich sehr bedenklich, in ihrer Gesamtheit müssen sie aber draußen im Lande Entrüstung hervorrufen. (Beifall links.) Sie sind eine erhebliche Verschlechterung des Antrages Lohmann. Wir verurteilen besonders das Verlangen nach einer Dreiviertelmehrheit, das in Zukunft jede Verfassungsänderung ausschließt. Wir halten an dem gleichen Wahlrecht fest. (Beifall links.)

Abg. Dr. Lohmann (natl.):

Der Vorwurf der Heimlichkeit nimmt mich wunder. Sollten wir hier, wo die Regierung und andere Parteien ein Interesse daran hatten, das Kompromiß zu vereiteln, die Regierung und die Fraktionen ins Vertrauen ziehen? (Zuruf des Abg. **Hue** (Soz.) Herr Hue, Sie sind ja ein so kluger Politiker, daß Sie in einem solchen Falle zu Ihrem Freunde Adolf Hoffmann gehen würden. (Heiterkeit rechts.) Es ist nicht böser Wille, wenn die Regierung so spät benachrichtigt worden ist. Unser Ziel war, einen Teil des Zentrums für unsere Anträge zu gewinnen. Der Eindruck der mit großem Pathos vorgetragenen Rede des Dr. Pachnicke war nur gering. Das Thema ist völlig erschöpft. Die Zustimmung der Sozialdemokratie zu dem § 3 der Regierungsvorlage sollte doch stutzig machen. Man denke auch nicht, daß sie für ein so radikales Wahlrecht eine besondere Dankbarkeit bezeigen würde. Selbst Bebel hat 1893 im Reichstage den Fortschrittlern zugerufen: mit dem allgemeinen gleichen Wahlrecht arbeiten Sie auf Ihren eigenen Untergang hin! Gerechtdenkende Arbeiter werden durch die Verweigerung des gleichen Wahlrechtes nicht zu einer starken Verbitterung gebracht werden. (Lachen links.) Das gleiche Wahlrecht ist nicht die Vertretung aller Stände, sondern nur eines Standes. (Zustimmung rechts.) Das Kompromiß soll dem Frieden dienen.

Abg. Korfanty (Pole):

Wir lehnen dieses geheim vorbereitete Kompromiß ab. Der Proporz für die Ostmarken ist ein Rechtsraub am polnischen Volke. Die sogenannten Sicherungen lehnen wir ebenfalls als schädlich für den Osten ab.

Abg. Leinert (Soz.):

Die Offensive der Wahlrechtsfeinde wird mit der gleichen Entschlossenheit geführt, als die Offensive unserer Soldaten draußen im Felde, nur mit dem Unterschiede, daß die Verschwörer der reaktionären Mehrheit dieses Hauses, die uns heute unerwartet mit ihrem Verschandelungsantrag überraschten, für ihre Sonderrechte eintreten, während unsere Heere für die Freiheit des deutschen Volkes kämpfen. Es gehört eine eiserne Stirn dazu, eine derartige Attacke gegen die Rechte des Volkes in dieser Zeit zu reiten. (Sehr richtig! links.) Das Volk wird sich die Namen der heutigen Antragsteller tief einprägen. Traurig ist es, daß ein Zentrumsabgeordneter, der in dem Wahlkreise Windhorsts gewählt worden ist, seinen Namen unter das Schriftstück gesetzt hat, dessen Zweck nur ist, die Kultur der ostelbischen Gutsbezirke dem deutschen Volke bis in alle Ewigkeit zu erhalten. Eine Billigung von Sonderrechten an Vorarbeiter und Angestellte ist nur raffinierte Wahlpolitik, womit man bei einer eventuellen Neuwahl die gehobenen Arbeiter und Angestellten einfangen will. Der Antrag ist ein Dokument des stärksten Mißtrauens gegen ein sturmerprobtes Volk, das man behandeln will, wie eingehegtes Wild. Alle Kreise des Volkes, abgesehen von der kleinen Minderheit, die sie vertreten, wünschen das gleiche Wahlrecht und kein anderes. Die Nationalliberalen tun sich besonders

viel auf ihre Königstreue

zu gute. An der Tatsache aber, daß der König feierlich das gleiche Wahlrecht versprochen hat, gehen sie vorüber. Für uns freilich bedurfte es keines Königswortes, um unentwegt für die Rechte des Volkes zu kämpfen. Man kann uns auch keine besondere Königstreue nachsagen. Die Herren aber wünschen nur einen König, der sich im Widerspruch gegen das Volk befindet, einen König, der gegen das Volk regiert. Ihnen ist der Monarchismus eben ein politisches Geschäft, wie jedes andere, das vor dem ganzen Volke nicht genug gebrandmarkt werden kann. Die Herren von der Rechten sind es, die das Königtum entwurzeln, indem sie seinen Vertreter

zum Wortbruch

bewegen wollen. Ueber unseren Schützengräben wurden zu Tausenden Flugblätter abgeworfen, in denen gesagt wurde, daß eine Regierung, die das eigene Volk entrechtet, auch anderen Völkern nur Sklaverei bringen könne; der Sieg der Entente sei das einzige Mittel, die Welt und das deutsche Volk von der schwersten Gefahr und der größten Unterdrückung zu befreien. Unsere Unfreiheit ist der Hauptgrund der Erbitterung gegen Deutschland, mit ihr wird immer Stimmung in der Welt gegen uns gemacht. Die Reaktion ist rücksichtslos genug, die zahllosen Opfer und Entbehrungen des deutschen Volkes in diesem Kriege einfach zu übersehen. Wir müssen den westlichen Völkern zeigen, daß wir

kein Volk der Knechte

sind, das lediglich zur Erhaltung der Junkerherrschaft kämpft. Es ist kein Zufall, daß die Wahlrechtsfeinde zugleich auch die Führer der Vaterlandspartei sind, die darauf ausgehen, andere Völker unter dieselbe Botmäßigkeit zu bringen, wie uns. Unsere Soldaten kämpfen nicht für die Erhaltung Ihrer Macht (nach rechts), sondern um ihren Bestand als freies Volk! An allen Verschandelungsanträgen trägt die Staatsregierung ein gehäuftes Maß von Schuld, durch ihre Bereitwilligkeit, auf bestimmte Sicherungen einzugehen. Wir verlangen die Auflösung des Dreiklassenparlaments. Für das Volk wird es eine Erlösung bedeuten. Was Sie heute hier getan haben (nach rechts), das wird seine Wirkung im Volke nicht verfehlen! Wir aber werden das äußerste tun, um das Volk bis in die kleinste Hütte über die Volksfeindlichkeit der Mehrheit dieses Hauses aufzuklären, und wenn die Lage nicht bitter ernst wäre, so könnten wir uns darüber freuen, wie Sie (nach rechts) sich das ganze Volk zu Feinden machen. Das Verhalten der Reaktion ist

eine dreiste freche Verhöhnung

eines hochentwickelten Volkes und bedeutet eine Aufforderung zur Revolution. Denn das, was Sie sich hier herausgenommen haben, läßt sich kein Volk gefallen, das noch einen Funken Ehre in sich fühlt. Wir wollen — um ein Wort Bethmann-Hollwegs zu zitieren — ein freies Volk sein, das versteht, sich Achtung in der Welt zu verschaffen. Wenn wir ohne das freie Wahlrecht aus dem Kriege herauskommen, so haben wir den Krieg verloren. (Sehr richtig! links.) Auf die Herren der Rechten aber trifft ein Wort aus dem „Barbier von Sevilla" zu: Wenn es gilt, das Volk um Ehre und Namen zu bringen, so sind Sie in Ihrem Element! (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Ströbel (U. Soz.):

Die Reden der Abgeordneten Pachnicke und Leinert bedeuten nur einen Versuch, das Volk zu täuschen. (Zuruf des Abg. Hirsch: Drüben sitzt doch der Feind! — Abg. Hänisch: Das soll ein Mensch verstehen!) Es ist mir ganz gleichgültig, ob mich der Abg. Hänisch versteht. Auf der Linken sitzen die Herren, die dadurch, daß sie das Volk zu täuschen versuchen, zu Helfershelfern der Reaktion werden. Man muß schon ein Illusionär, ein Regierungssozialist sein, um ernstlich daran zu glauben, die Regierung wolle das gleiche Wahlrecht. Es kommt ihr nur darauf an, die Sache hinzuschleppen und die ganze Vorlage durch ein Kompromiß zu verschandeln. Wenn es ihr mit ihrer Forderung ernst gewesen wäre, so hätte sie das Haus sofort aufgelöst. Aber was ist denn von Reaktionären, wie dem Minister Friedberg und dem Grafen Hertling zu erwarten! Die Zahl der Umfaller im Zentrum und bei den Nationalliberalen wird sich noch vermehren. Die paar Arbeiterabgeordneten im Zentrum fallen dabei gar nicht ins Gewicht. Sie stimmen, um die Arbeiter zu beschwichtigen. Das gleiche Wahlrecht muß erkämpft werden, rücksichtslos, auch während des Krieges.

Der Lohmannsche Antrag will den gehobenen Arbeitern und Angestellten, den Handlangern der Ausbeutung, eine Zusatzstimme gewähren. Das Parlament ist unfähig, wirkliche Aenderungen unserer politischen Verhältnisse herbeizuführen, das kann nur geschehen durch das Volk selbst. (Beifall bei den U. Soz.)

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Es folgt die Einzelberatung über die Wahlen zum Abgeordnetenhause.

Das verlassene Dorf.

Roman aus dem Dreißigjährigen Kriege

von Friedrich Thieme.

56] —— (Nachdruck verb.)

Mit einer ganz leiser Stimme berichtete er nun, er sei Feldprediger in der schwedischen Armee gewesen, habe aber vor einigen Wochen den Dienst quittiert und nun versuchen wollen, eine andere Stelle zu erhalten. „Vielleicht", fuhr er fort, „habt Ihr schon davon gehört, gutes Kind, wie schlecht die kaiserlichen Truppen gerade auf uns Prediger zu sprechen sind. Sie betrachten uns als Ketzer und glauben sich mit unserer Verfolgung ganz besonderen himmlischen Lohn zu verdienen. Gestern fiel ich bereits den Kroaten in die Hände. Sie gaben mir zweimal den schwedischen Trunk und einer versetzte mir einen Musketenschlag vor die Brust, daß ich nachher ständig Blut spie. Ich konnte mich nur durch Auslieferung des ganzen Geldes, das ich mir erspart hatte, — es waren mehr als dreihundert Taler — von ihnen loskaufen."

Der Prediger ruhte erschöpft einige Zeit aus, ehe er weitersprach.

„Um nicht wieder mit ihnen zusammenzutreffen, entfloh ich und verbarg mich hier in der Nähe in einer leeren Scheune. Nun streiften aber die Strauchdiebe die ganze Gegend ab. Zum Unglück kamen vor etwa einer halben Stunde drei in die Scheune, entdeckten mich und schrien voll Triumph: Ein Pfaff, ein Pfaff, den wollen wir taufen! Sie trieben mich mit Kolbenstößen vor sich her, ich weiß nicht, wohin sie mich zu bringen gedachten, vielleicht nach ihrem Quartier. Als ich dem Walde nahe kam, glaubte ich die Gelegenheit günstig zur Flucht — Ihr habt gesehen, wie der Versuch gelungen ist."

Er schwieg und preßte beide Hände auf die schmerzende Brust. Margarete legte ihm kühlende Blätter auf die Wunde und band einen festen [illegible] mit dünnen Fasern [illegible]

„'s ist nur, um die Blutung zu stillen, Herr. Harrt nur ein kurzes Stündchen aus, wir holen Euch ab und mit Gottes Hilfe hoffen wir Euch zu retten."

Margarete eilte, so schnell sie vermochte, nach ihrem Heim, Arne bittend, sie zu begleiten. Olesson nahm eine der Flinten und beide Pistolen mit. Als sie nach halbstündigem Marsche den Verwundeten erreichten, fanden sie ihn bewußtlos. Der junge Schwede verstand es, aus Aesten und Zweigen rasch eine Art Tragbahre herzustellen. Auf diese legten sie den alten Mann, deckten ihn mit der mitgebrachten Decke zu und trugen ihn nach ihrer Wohnung. Er wurde auf das Lager des Schweden niedergelegt, dieser selber, der sich während seiner kriegerischen Laufbahn ziemliche Erfahrung in der Arzneikunde erworben hatte, wusch seine Wunde aus und verband sie, erklärte aber seiner Gefährtin mit ernstem Nachdruck, menschliche Hilfe sei hier wohl umsonst.

„Ich kann nicht sagen, wohin die Kugel gegangen ist, Margarete, aber ich habe zu viel Menschen sterben sehen, um nicht auf den ersten Blick zu erkennen, daß dieser arme Pfarrer auf dem Wege nach dem Himmel ist."

Margarete weinte und bedauerte von ganzem Herzen das Schicksal des Unglücklichen.

„Jedenfalls tut, was Ihr könnt, für ihn, Herr, umsomehr, da er ein Landsmann von Euch ist!"

„Das ist er nicht, Margarete — er ist ein Norddeutscher. Ich kenne ihn von der Armee her. Ein tüchtiger Prediger und hochgelehrten Mann, schade um ihn, daß er so hundsföttisch aus der Welt kommt."

Nach einiger Zeit kehrte dem Verwundeten das Bewußtsein zurück. Er vermochte sogar zu sprechen, wenn auch leise, war auch bei klarer Besinnung und dankte den beiden Samaritern mit inbrünstigen Worten. Arne suchte seine Hoffnung zu beleben, er aber schüttelte traurig den Kopf.

„Ich weiß, daß ich sterben muß, Herr Hauptmann. Ich bin auch darauf vorbereitet und beklage mein Ende nicht. Es ist keine Lust, in solchen Zeiten zu leben. Beklagt mich nicht, sondern betet für mich."

Margarete fragte erstaunt: „Er nennt Euch Hauptmann, Herr? Seid Ihr ein Hauptmann?"

„Gewiß, Margarete — ich bin schwedischer Offizier."

Arne Olasson stand danach einige Minuten schweigend am Lager des Kranken, den er mit seltsam nachdenklicher Miene betrachtete. Plötzlich wandte er sich hastig, doch verlegen zu Margarete:

„Margarete, ein Wort."

„Ja, lieber Herr!"

„Ihr seid fest entschlossen, mich zu verlassen?"

„Ich muß, Herr!"

„Und wollt nicht, daß ich lieber gehe an Eurer Statt?"

„Ihr seid gefährdeter als ich, ich darf es nicht zugeben."

„Nun wohl, Margarete, ich kann nicht auskommen ohne Euch, und Ihr bedürft männlichen Schutzes. Ihr wollt aber nicht bei mir bleiben aus Gründen, die ich ehre und die mich Euch um so mehr achten und schätzen lassen."

Margarete wandte sich verlegen zur Seite.

„Wie nun, Margarete, wenn wir das Hindernis aus der Welt schafften? Der arme Mann hier ist ein Pfarrer unseres Glaubens — wenn Ihr einverstanden seid, er besitzt noch Kraft genug, uns zu trauen, und wird uns sicherlich gern diesen Dienst erweisen."

Wenn die gute Margarete jemals rot ausgesehen hatte, so war es jetzt der Fall. Dunkelrot bis über die Stirn hinauf. Und damit nicht genug — ihre Hände begannen zu zittern und ihr Herz fing zu pochen an, aber sie gab keine Antwort. Da trat er dicht zu ihr und erhaschte eine ihrer Hände.

„Margarete, wenn Ihr wollt, mich macht Ihr unendlich glücklich! Ich liebe Euch, seit ich überhaupt mein Bewußtsein wieder bekommen habe. Ich bin Offizier und aus guter Familie, auch nicht ganz arm — wenn Ihr mich freilich nicht lieben könnt?"

Sie fuhr jäh nach ihm herum.

„Nicht — o Herr — Ihr seid ein Offizier und ich —"

„Du bist eines Lehrers Tochter, eines studierten Mannes sogar, und hast von ihm eine gute Bildung empfangen. Soll ich ihn bitten, Margarete — wir dürfen keine Zeit verlieren — seine Lebenskraft hält nicht lange mehr stand, und eine zweite solche Gelegenheit dürfte kaum wiederkehren."

Margarete sagte weder Ja noch Nein, aber sie ließ ihm ihre Hand und trat mit ihm an das Lager des Verwundeten. Der Hauptmann teilte ihm ihr Anliegen mit und der Prediger war sogleich bereit, es zu erfüllen. Sie knieten nieder und er sprach den Segen der Kirche über sie. Seine Stimme klang leise und erstarb teilweise zum Flüstern, auch mußte Arne den Arm halten, den er über sie ausstreckte. Es war eine seltsame Vermählung, aber gerade durch die besonderen Umstände voll heiligen erschütternden Ernstes und erhabener Würde. Margarete weinte bitterlich, als ihr Gatte sie nach der Feierlichkeit tiefbewegt in seine Arme schloß und den ersten Kuß auf ihren Mund drückte.

9. Kapitel.

Mehrere Monate vergingen so in fast ungetrübter Ruhe. Man hätte denken können, der goldene Friede wäre in die Gegend zurückgekehrt. Das Landvolk sowie die Städter fingen an, etwas aufzuatmen. Ein Funken von Hoffnung zog wieder in die meisten Herzen ein, man bestellte die Aecker, soweit die Kräfte und die Saatmittel reichten, ja viele arme Teufel zogen ihren Pflug selbst, denn Pferde und Kühe waren zu einer Seltenheit geworden. Wer sich etwas Vieh gerettet hatte, holte es wieder aus den Verstecken, viel war es ja nicht, und man [illegible] vor dem Ankaufe neuer Tiere, da sie schwer zu beschaffen und sehr teuer waren, ohne darum auch nur im geringsten sicher zu sein. Die nächste Soldatenbande holte erbarmungslos auch die mit den schwersten Opfern erworbene Kuh aus dem Stalle und bezahlte den jammernden Eigentümer mit Kolbenstößen und Mißhandlungen.

(Fortsetzung folgt.)

§ 7 schreibt für jeden Wahlberechtigten eine einjährige Aufenthaltsfrist in der Gemeinde vor. Nach dem Kompromißantrag soll diese Frist auf zwei Jahre verlängert werden.

Abg. **Gronowski** (Zentrum) begründet einen Antrag, die Frist auf ein halbes Jahr herabzusetzen.

Abg. **Hirsch-Berlin** (Soz.): Wir haben das bereits in der zweiten Lesung beantragt, leider vergeblich. Natürlich stimmen wir auch jetzt dafür. Mindestens 25 Prozent der Wähler in den Industriegemeinden werden, wenn dieser Antrag Gesetz wird, völlig entrechtet. (Sehr wahr! links.) Hiernach haben wir nicht nur kein gleiches, sondern auch nicht einmal das allgemeine Wahlrecht.

[illegible] über den Kompromißantrag wird namentlich abgestimmt.

Er wird mit 223 gegen 198 Stimmen **angenommen**. Dagegen stimmte die **Linke** und die Mehrheit des Zentrums. Mit dieser Abstimmung war der Antrag Gronowski erledigt.

Das gleiche Wahlrecht.

Um die Lücke bei § 3 auszufüllen, beantragen die Fortschrittler, die Nationalliberalen mit einem Antrag Lucas und die Zentrumsarbeiter, die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, also die Einführung des **gleichen Wahlrechts**. Dieser Antrag wird [illegible] 164 Stimmen **abgelehnt**. Die Parteien stimmten wie bei der dritten Lesung.

Ein Vertagungsantrag wurde abgelehnt.

Darauf wurde in namentlicher Abstimmung der Antrag **Hegemeister** zu Gunsten der **Kriegsteilnehmer** mit 251 gegen 147 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. (Hört, hört! links.) Dagegen stimmten die Konservativen, die Freikonservativen und die Lohmanngruppe.

Der Hauptkompromißantrag Lohmann mit den Zusatzstimmen für das Alter und die Selbständigkeit wurde darauf in namentlicher Abstimmung **angenommen**. Dafür stimmen 255, dagegen 164 Abgeordnete.

Abg. **Lohmann** (natlib.) erklärt, daß man sich vielleicht über den Antrag Hegemeister [illegible] teilnehmer hätte einigen können, wenn er früher gekommen wäre. (Aha-Rufe links.)

Um ½6 Uhr wird ein **Vertagungsantrag abgelehnt**.

Die **Einzelberatung wird fortgesetzt.**

Abg. **Braun** (Soz.): Wir verlangen die **Verhältniswahl**, die die Kompromißpartei jetzt für die gemischtsprachigen Bezirke zugesteht, für den ganzen Staat. Den Mißbrauch der Verhältniswahl zum Kampfmittel gegen die Polen verwerfen wir. Was den Deutschen in den gemischtsprachigen Bezirken recht ist, muß auch in den rein deutschen Bezirken billig sein.

Um ½6 Uhr wird ein **Vertagungsantrag** Dr. Pachnicke angenommen.

Mittwoch 11 Uhr: Weiterberatung.

Schluß ¾6 Uhr.

Soldatenfragen vor dem Reichstage.

Deutscher Reichstag.

172. Sitzung. Dienstag, 11. Juni, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Kriegsminister von Stein.

Tabak-Anfragen.

Abg. **Dr. Müller-Meiningen** (Vpt.) fragt: In jüngster Zeit ist als Kriegstabak-Mischung an unser Heer Tabak in großen Mengen verkauft worden, der ganz oder zum größten Teil Laub, insbesondere Buchenlaub, enthält und von den Truppen weggeworfen werden muß, obwohl er die Militärverwaltung viel Geld kostet. Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diesem Vorgehen einzelner Lieferanten im Interesse des Heeres mit aller Schärfe und schnellstens zu begegnen?

General **v. Oven**: Die Kriegstabak-Mischung ist aus der Not der Zeit entstanden. Die Heeres-Verwaltung hat sich nur ungern dazu entschlossen, der Zulassung von Tabak-Ersatzstoffen näher zu treten. Es haben sehr sorgfältige Prüfungen unter Zuziehung des Reichsgesundheitsamtes stattgefunden und man hat schließlich eine Mischung mit Buchenlaub gewählt. (Hört, hört!) Die einzelnen Mischungen fallen freilich sehr verschieden aus. (Heitere Zustimmung.) Der Anteil an reinem Tabak ist in dem einen Paket größer als in dem anderen. Die Zahl der Klagen ist bisher verhältnismäßig gering. (Stürmischer Widerspruch.) Gleichwohl haben wir durch Verfügung vom 13. Mai die Weiterlieferung der Kriegs-Tabak-Mischung **eingestellt**. (Beifall.) Da jedoch unter diesen Umständen die Tabakvorräte in absehbarer Zeit erschöpft sein würden, wird die Einstellung der Lieferung dieser Kriegsmischung kaum aufrecht erhalten werden können.

Abg. **Dr. Müller-Meiningen** (Vp.): Also ist die Einstellung nur vorübergehend?

General **v. Oven**: Zunächst vorübergehend.

Abg. **Dr. Müller-Meiningen**: Ist dem Reichskanzler bekannt, daß für das hier zu Tabak verwendete Laub 10 Mark für den Zentner bezahlt werden, daß die Fabrikanten für diesen sogenannten Tabak aber 300 Mark für den Zentner verlangen? (Lebhaftes Hört, hört). Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um diesen selbst für die Kriegszeit **unerhörten Wucher** zu bekämpfen? (Beifall.)

General **von Oven**: Die Kriegs-Tabak-Mischung kostet 5 Mark das Kilogramm. Darin sind 1,20 Mark Steuern enthalten. (Stürmische Protestrufe: Steuern auf Laub?) Also bleiben nur 3,80 Mark für das Kilo, und 1,90 Mark für das Pfund übrig. Der Tabak, der ja auch in der Mischung vertreten ist (Widerspruch), ist im Preise derart gestiegen, daß er kaum noch zu bezahlen ist. Der Preis von 1 90 Mark für das Pfund Kriegstabakmischung wäre an und für sich also nicht zu hoch. Die Mischung wird natürlich im Großen gemischt und es können da Versehen vorkommen. Die Einstellung der Lieferung dieser Mischung ist erfolgt auf die Nachricht hin, daß bei der Truppe sich Gesundheitsstörungen gezeigt haben. (Hört, hört!) Jetzt wird geprüft, in welcher Form eine Tabakmischung gegeben werden kann, bei der diese Uebelstände nicht vorhanden sind. Gegen eine Firma, die besonders schlecht geliefert hatte, ist bereits strafweise eingeschritten worden. (Beifall.)

Abg. **Brey** (Soz.) verweist darauf, daß bei der Beschaffung des Ersatzes für die beschlagnahmten Tür- und Fensterbeschläge die Industriellen völlig ausgeschaltet sind und daß die Ersatzbeschaffung nur nach Anordnung der Metall-Ersatzstelle der Kriegsmetall-A.-G. Berlin erfolgt.

Oberstleutnant **Koeth**: Die Beschaffung des Ersatzes mußte durch eine behördliche Regelung erfolgen, weil sonst nicht genügende Sicherheiten gegeben sind gegen eine Bewucherung des Publikums.

Abg. **Dr. Müller-Meiningen** (Vpt.) interpelliert

wegen des Lynchmordes

an dem in Deutschland geborenen Bergarbeiter Paul Prager in Amerika.

Geh. Legationsrat **Simons**: Es ist richtig, daß am 4. April der Deutsche Prager von einer Menschenmenge in Collinsville aus dem Gefängnis geschleppt, durch die Stadt geführt und an einem Baume aufgehängt worden ist und zwar aus keinem anderen Grunde, als daß er deutschfreundlicher Gesinnung verdächtig war. (Hört, hört!) Der schweizerische Gesandte in Washington hat sofort nachdrücklich eingegriffen und von den amerikanischen Behörden Aufklärung und Sicherheiten gegen eine Wiederholung solcher Vorkommnisse verlangt. Sie hat auch eine strafrechtliche Verfolgung der Täter gefordert. Die amerikanische Regierung hat erwidert, sie müsse zunächst einmal prüfen, inwieweit das Bundesgericht für die Tat zuständig sei. Mit dieser Auskunft aber hat sich die schweizerische Gesandtschaft nicht beruhigt, sondern der amerikanischen Regierung gegenüber die Erwartung ausgesprochen, daß sie alles tut, um die Täter der verdienten Strafe zuzuführen und um jede Wiederholung eines solchen Vorfalles zu vermeiden. (Beifall.) Auch wir können uns nicht damit zufrieden geben, daß die amerikanische Gesetzgebung keine genügende Handhabe bietet, um eine solche Unmenschlichkeit zu bestrafen. (Zustimmung.) Die Bundesregierung muß Mittel und Wege finden, um Recht und Freiheit gegen rohe Unmenschlichkeiten zu sichern. (Zustimmung.) Die kaiserliche Regierung hat daher durch Vermittlung der schweizerischen Regierung der Regierung der Vereinigten Staaten mitgeteilt, daß sie eine schleunige und nachdrückliche Sühne der Ermordung des Deutschen Prager verlange, wie auch immer die Zuständigkeit des amerikanischen Gerichtswesens geregelt sein mag. (Beifall.)

Abg. **Dr. Müller-Meiningen**: Ist dem Reichskanzler weiter bekannt, daß die „Daily Mail" in den letzten Tagen triumphierend eine Leporelloliste ähnlicher Fälle aufgeführt hat, und was gedenkt er zur Sühne dieser Fälle zu tun?

Geh. Legationsrat **Simons**: Die Tatsache, daß auch in anderen Fällen Deutschgesinnte oder aus Deutschland Gebürtige von der amerikanischen Bevölkerung in unqualifizierbarer Weise vergewaltigt und gelyncht worden sind, ist dem Reichskanzler bekannt. (Hört, hört!) Das Auswärtige Amt wird allen diesen Fällen nachgehen und einschreiten, wo es sich um deutsche Reichsangehörige handelt. Wir können aber nicht Fälle vor unser Forum ziehen, in denen es sich um amerikanische Bürger deutscher Abstammung handelt, weil uns dazu völkerrechtlich die Berechtigung fehlt.

Abg. **v. Trampczynski** (Pole) bringt zur Sprache, daß in verschiedenen Gefangenenlagern seit Wochen Tausende früherer

russischer Soldaten polnischer Abstammung

sich aufhalten müssen, die nach der Demobilisierung des russischen Heeres infolge des Friedensschlusses im Vertrauen auf die Zusicherungen der deutschen Kommandostellen die deutschen Linien passiert haben und trotz des Besitzes der vorgeschriebenen Legitimationskarten aufgegriffen worden sind.

Oberst **v. Franseckh**: Dabei handelt es sich um Leute, die kurz vor Abschluß des Friedens mit der Waffe in der Hand angetroffen wurden und deshalb mit Recht als Kriegsgefangene betrachtet worden sind. Hinsichtlich ihrer Beschäftigung gelten die Bestimmungen, die für alle Kriegsgefangenen maßgebend sind. Die Fälle, in denen die Leute Ausweise besaßen, werden geprüft. Erhebungen darüber sind im Gange, ob im einzelnen Mißgriffe vorgekommen sind. In diesen Fällen wird Abhilfe geschaffen werden.

Es folgen die zurückgestellten Abstimmungen zum Reichsamt des Innern. Die beiden vom Ausschuß gestrichenen Vortragenden Räte werden wieder bewilligt. Der Zentrumsantrag auf Errichtung von Beamtenausschüssen bei den Reichsbetrieben wird angenommen. Die sozialdemokratischen Anträge auf Erhöhung der Familienunterstützung und für den Ausbau der Arbeitsvermittlung werden abgelehnt. Der Haushalt des Reichsamtes des Innern ist damit in zweiter Lesung erledigt.

Der Heeresetat.

Die zweite Lesung des Heeresetats wird verbunden mit der ersten Lesung der neu eingebrachten militärischen Gesetzentwürfe. Die Vorlage auf Heranziehung von Heeresunfähigen zum militärischen Arbeitsdienst sieht vor, daß die im wehrpflichtigen Alter stehenden Personen, die durch ein strafgerichtliches Urteil zum Dienst im Heer und in der Marine unfähig geworden sind und nach den bestehenden Gesetzen auch während eines Krieges nicht zur Verteidigung des Vaterlandes herangezogen werden können, gleichwohl wie jeder andere aber den Schutz des Staates genießen, während der Dauer der Kriegsbereitschaft zum militärischen Arbeitsdienst zu besonderen Formationen herangezogen werden können.

Eine zweite Vorlage will die Wehrpflicht dahin ergänzen, daß die ausgebildeten Mannschaften des Landsturms 1. Aufgebots bei Auflösung des Landsturms nicht wieder zum Landsturm zurücktreten sollen, sondern, weil sie sich als völlig kriegsbrauchbar erwiesen haben, für den Beurlaubtenstand nutzbar gemacht werden sollen. Je nach ihrem Alter sollen sie zur Reserve oder Landwehr überführt werden.

Schließlich bringt eine dritte Vorlage Milderungen im Militärstrafgesetzbuch. Für Achtungsverletzung vor versammelter Mannschaft, Ungehorsam, ausdrückliche Gehorsamsverweigerung, Aufforderung oder Anreizung dazu, sowie wegen ähnlicher Vergehen beträgt nach den geltenden Bestimmungen die Mindeststrafe

14 Tage strengen Arrest.

Diese Strafe hat sich als zu hart erwiesen, insbesondere für Aufwallungshandlungen bei bisheriger Straflosigkeit und guter Führung des Täters. Daher soll mittlerer Arrest zugelassen werden.

Kriegsminister v. Stein gibt zunächst einen Ueberblick über die Kriegslage im Osten, wie sie aus den Heeresberichten bekannt ist.

Voll Bewunderung und voll Dankbarkeit blicken wir heute auf unsere unvergleichliche Armee. (Lebh. Beifall.) Fast vier Jahre lang erträgt sie mit gleichbleibender willensstarker Siegeszuversicht alle Gefahren und Entbehrungen. Der Angriffsgeist, der uns im Jahre 1914 in Feindesland führte und der den Krieg im Osten entschied, ist auch heute noch lebendig. Das Gefühl unbedingter Ueberlegenheit über den Feind, des Einzelnen und der Gesamtheit, das Bewußtsein der Kraft und das Vertrauen in ihre Führer wird die Armee auch weiterhin zum Siege führen. (Lebh. Beifall.) Noch ist der Feind zum Frieden nicht gewillt, noch hat das Schwert das Wort. Aber das Schwert ist scharf, und mit voller Zuversicht gehen wir dem Ausgange des Ringens entgegen.

Die Operationen in Finnland haben zur Befreiung des Landes geführt. Die Heldentaten unserer Truppen mehrfach überlegenem und stellenweise gut diszipliniertem Feinde gegenüber reihen sich würdig an die Taten unserer Truppen im Westen. Wir hoffen, in Finnland einen zuverlässigen Freund für die Zukunft zu finden. (Lebh. Zustimmung.) An der Ostgrenze der Ukraine sind die Verhandlungen zur Festsetzung der Demarkationslinie im Gange. An den Grenzen flackert örtlicher Kampf mit feindlichen Banden von Zeit zu Zeit noch auf. Im Innern sind friedlicher Entwicklung die Wege geebnet. An der italienischen Front ist die Lage, abgesehen von örtlichen Kampfhandlungen, unverändert. Die mazedonische Front hält beträchtliche Teile der feindlichen Armeen in Schach. In Palästina sind erneute Angriffe der Engländer über den Jordan an der Tapferkeit deutscher und türkischer Truppen gescheitert. In Mesopotamien konnte der Engländer die Anfangserfolge nicht behaupten. Im Kaukasus haben unsere türkischen Bundesgenossen die ihnen im Friedensvertrage mit Rußland zugesicherten Gebiete Batum, Ardahan und Kars besetzt.

Der **Kriegsminister** begründet nunmehr die drei erwähnten militärischen Vorlagen. Er verweist zur Begründung der Vorlage auf Heranziehung der Heeresunfähigen zum militärischen Arbeitsdienst auf die lebhaften Klagen und Beschwerden darüber, daß diese Personen in dieser schweren Zeit irgend einer militärischen Dienstleistung nicht unterworfen sind, aber den staatlichen Schutz voll genießt. Gewiß gibt es unter den in Betracht kommenden Leuten auch solche, die von einer schwachen Stunde übermannt, sich für ihr Leben unglücklich gemacht haben und jetzt ernstlich bemüht sind, im Verlaufe der Zeit wieder zu geordneten Lebensverhältnissen zurückzukehren und durch geordnete Arbeit ein nützliches Mitglied der Gemeinschaft zu werden. Diese Personen soll der Gesetzentwurf nicht treffen. Dagegen ist bekannt, daß unter den anderen viele Elemente sich befinden, die mit die große Unsicherheit in unseren Großstädten verschulden. Diese Elemente sollen dadurch unschädlich gemacht werden können, daß sie in irgend einer Form zur Arbeit herangezogen werden. Wir wollen mit dem Gesetz nur die Elemente **unschädlich** machen, die eine **Gefahr** für die Allgemeinheit bilden. Die vorgeschlagene Aenderung der Wehrpflicht bedeutet eine notwendige Modernisierung der Landwehrformation. Was schließlich die Novelle zum Militär-Strafgesetzbuch anlangt, so zeigt sich jetzt eine neue Erscheinung. Während in früheren längeren Kriegen die Strafen ständig verschärft werden mußten, können wir immermehr zu Milderungen übergehen. Dieser Krieg weicht eben von allen andern Kriegen vollständig ab. Die Selbstbeherrschung ist durch die modernen Kampfmittel auf eine außerordentlich harte Probe gestellt. Da ist es kein Wunder, wenn sich auch ein gutartiger Mensch einmal zu einer Uebertretung hinreißen läßt. Deshalb sollen bei Vergehen gegen die Unterordnung anstelle des strengen Arrestes wahlweise gelinder Arrest oder strenger Arrest zulässig sein. Für Böswilligkeit und Hartnäckigkeit steht dann nach wie vor der strenge Arrest zur Verfügung.

Abg. Dr. Wirth (Ztr.):

Noch immer kommt es vor, daß Soldaten **verboten wird, sich an Abgeordnete zu wenden.** (Hört, hört!) Dabei ist gerade dadurch, daß wir Beschwerden haben nachgehen können, viel gebessert worden. In den „Aufklärungskursen" wird noch häufig der Reichstag lächerlich gemacht. Die Aufklärungsoffiziere müssen sehr sorgfältig ausgesucht werden. (Sehr richtig!) Für die zurückkehrenden Gefangenen, die speziell aus Rußland häufig in miserablem Zustand ankommen, muß besser gesorgt werden. Die Bahnhofskommandanturen tun hier nicht immer ihre Pflicht. Dabei sind diese Kommandanturen zum Teil mit Generalen besetzt, die natürlich noch einen großen Stab brauchen. Was ist das für eine Verschwendung! (Sehr wahr!) Fälle von eigentlichen Soldatenmißhandlungen sind mir diesmal erfreulicherweise nicht bekannt geworden. Der Erlaß über die Sonderbehandlung der elsaß-lothringischen Soldaten ist ein politisches Unglück. (Lebhafte Zustimmung.) Man packe die Schuldigen, verschone aber die Unschuldigen. Mit der Wiedereinziehung scheinbar gesund Gewordener muß sehr vorsichtig vorgegangen werden. Das böse Wort: k. v. sind die Leute mit keinen Verbindungen, g. v. die mit guten Verbindungen, a. v. die mit ausgezeichneten Verbindungen, wird hoffentlich nur in Ausnahmefällen zutreffen. Der Frage der Reklamierten muß erneute Aufmerksamkeit zugewandt werden. Die soziale Gerechtigkeit darf hier nicht verletzt werden. Es ist merkwürdig, wie schnell heute viele Leute einen neuen Beruf beherrschen, für den sie dann reklamiert werden. — Noch immer gibt es **Familienväter**, die im Laufe von

zwei Jahren keinerlei Urlaub

erhalten haben. (Hört, hört!) Die Verpflegung scheint im allgemeinen zufriedenstellend zu sein, im einzelnen aber passieren auf diesem Gebiet merkwürdige Dinge. In einem Orte Badens kam es vor, daß monatelang den Soldaten die Lebensmittel **unterschlagen** wurden. Kein Vorgesetzter merkt etwas davon. (Hört, hört!) — Die letzten Söhne von Familien, die bereits Söhne verloren haben, müssen alle freigelassen werden. Hier dürfen keine kapitalistischen Unterschiede gemacht werden. Das würde größere soziale Unzufriedenheit in das Land tragen, als alle Agitation der äußersten Linken. Das Gesetz über die Strafrechtspflege im Heere begrüßen wir. Die Entziehung der Unterstützung an Familien von Soldaten, die wegen irgend eines Vergehens ins Gefängnis kommen, ist eine **unerhörte** Härte, die schleunigst beseitigt werden sollte. (Bravo!) Unser Sanitätswesen verdient größere Anerkennung. Ueber die Neurosen-Lazarette sollte das Kriegsministerium ein aufklärendes Wort sprechen. Bei den sogenannten Wunderkuren muß jede Roheit vermieden werden. Baden ist jetzt Etappenland. Da machen wir die Erfahrung, daß eine Art Gründungsfieber herrscht und daß man nicht das richtige Verhältnis zur Bevölkerung findet. Freien Bauern, die dagegen protestierten, daß man ihnen die Wiese beschlagnahmt, hat man erwidert: **Wenn Sie das Maul nicht halten, werden Sie abgeführt!** (Lebh. Hört, hört! Zuruf: **Das ist der preußische Militarismus!**)

Abg. Schöpflin (Soz.):

Das Gesetz über Heeresunfähige muß Bedenken erregen. Es werden zweifellos bei der Ausführung des Gesetzes eine Unmenge Mißgriffe vorkommen. Der Bezirksfeldwebel und der Polizeibeamte sind am allerwenigsten befähigt, in Fragen zu entscheiden, die besonderen Takt erfordern. Wir beantragen Kommissionsberatung dieses Entwurf und ebenso des zweiten. Die Milderung der Strafen begrüßen wir.

Mit den schönen Worten der Anerkennung für die Soldaten ist diesen wenig gedient; sie ziehen es vor, daß man sich durch die Tat ihrer annimmt. Wir haben eine Reihe von Anträgen in dieser Richtung gestellt: Es müssen jedem Angehörigen des Mannschaftsbestandes, soweit ein Bedürfnis dazu vorliegt, bei der Entlassung aus dem Heeresdienst eine brauchbare Uniform und ein Paar gute Stiefel kostenlos überlassen werden; ferner muß darauf hingewirkt werden, daß den länger als drei Jahr dienenden Mannschaften eine Zulage nach der Länge der Dienstzeit bemessen, gewährt wird. Die Bezüge der militärischen Friedenspensionäre müssen erhöht werden. Eine große Mißwirtschaft herrscht noch immer im

Burschenwesen.

Große Mißstimmung erregt draußen, daß Leute, die aus dem Arbeiterstande kommen, niemals zu Offiziersstellen zugelassen werden. Das Eiserne Kreuz hat leider sein Ansehen sehr verloren; großer Unfug wird jetzt auch schon wieder mit dem Verwundetenabzeichen getrieben, das für 1,50 Mk. zu kaufen ist. Die sogenannte freiwillige Erklärung, nach der Demobilisation noch 4 Monate der Militärverwaltung zur Verfügung zu stellen, wird vielfach durch die Drohung erzwungen, daß wer nicht unterschreibt, an die Front geschickt wird. Solchem Unfug muß gesteuert werden. Die veränderten Kampfmethoden bringen es mit sich, daß der Dienst auch draußen ein sehr harter ist. Diese Notwendigkeit sehen die Soldaten auch ein. Großer Unwille aber herrscht über den

unnötigen Drill-Dienst,

der noch [illegible] nebenbei betrieben wird. Das verschlechtert die Stimmung ebenso wie die großen Mängel in der Urlaubsfrage. (Sehr richtig!) Unerhörter Skandal ist es, wenn die [illegible] von der Höhe der gezahlten [illegible] abhängig gemacht wird. Ueber die Behandlung [illegible] Klagen leider [illegible]. Die Presse [illegible] und [illegible] unterstützen. Leider aber hält es eine bestimmte Presse für angebracht, wenn wir hier Klagen vorbringen, den Reichstag mit Hohn und Spott zu überschütten. Es wäre sehr zu wünschen, daß die Presse das ehrliche Bestreben des Reich[illegible]

(Fortsetzung in der Beilage.)

K. P.

Kreis Liegnitz-Goldberg-Haynau.

Expedition: Liegnitz, Klosterstraße 8

Abonnement 25 Pf. pro Woche, 3.10 Mk. pro Vierteljahr, durch die Post bezogen 3.52 Mk. frei ins Haus.
Inserate: Kolonelzeile 15 Pf., Familien-Nachrichten, Vereins-Anzeigen, Kleine Anzeigen pro Zeile 10 Pfg.

Telephonruf 2310.

Liegnitzer Nachrichten.

Liegnitz, den 12. Juni.

* **Gewerkschaftskartell.** Donnerstag, den 13. Juni, abends 8½ Uhr, Monatssitzung im Gewerschaftshause. Das Erscheinen aller Delegierten und Gewerkschaftsvorstände ist erwünscht. Die Tagesordnung ist wichtig.

Kriegsteuerungszulagen für städtische Arbeiter.

Der Magistrat hat bei den Stadtverordneten eine Vorlage eingebracht, eine weitere „Kriegszulage auf Widerruf" zu gewähren. Zur Begründung führt er aus:

Eine sehr erhebliche Lohnaufbesserung ist mit Rücksicht auf die jetzigen Zeitverhältnisse dringend notwendig geworden für sämtliche städtischen Arbeiter. Die Verschiebung des Arbeitergesamteinkommens hatte zur Folge, daß auch die Maschinenmeister, Heizer und, wie in einer anderen Vorlage erwähnt, die Hilfssteuerheber, Polizeihilfsbeamten und Hilfsratsdiener in ihren Bezügen aufgebessert werden mußten.

Wir haben auf Vorschlag des Besoldungs-Ausschusses nach eingehenden Erwägungen es für richtig gehalten, keine Aenderung in den Lohnsätzen oder in den Sätzen der Kriegsteuerungszulagen dieser Lohngruppen eintreten zu lassen, sondern zu den jetzigen Löhnen und jetzigen Kriegsteuerungszulagen eine weitere „Kriegszulage auf Widerruf" nach folgenden Festsetzungen zu gewähren:

1 Mark täglich für Werkmeister, Maschinenmeister, Heizer, Aufseher, Feuerleute, Arbeiter der Müllabfuhr, Kutscher oder ähnliche Schwerstarbeiter;
0,75 Mark täglich für ältere ständige Arbeiter und
0,50 Mark täglich für Hilfssteuererheber Polizeihilfsbeamten, Hilfsratsdiener, sowie für jüngere Arbeiter und für sämtliche Arbeiterinnen.

Wir bemerken ausdrücklich, daß diese Kriegszulage gedacht ist als Dienst- oder Schichtzulage oder als Zulage für den Arbeitstag, je nachdem die betreffenden Empfänger nach Arbeitsschichten oder nach Arbeitstagen gelöhnt werden. Die Stundenvergütungen der Schichtarbeiter usw. ändern sich also nicht. Dies gilt selbstverständlich auch für alle Berechnungen bei Ueberstunden nach Maßgabe der Arbeitsordnung.

Bei den Maschinenmeistern und Heizern ist die Kriegszulage selbstverständlich so gedacht, daß sie neben dieser neuen Kriegszulage ihre neue Unterbeamtenkriegsteuerungszulage beziehen. Ein besonderer Ausgleich in erheblichem Umfange war bei diesen Gruppen mit Rücksicht auf die sehr erheblichen Unterschiede in ihrem Diensteinkommen gegenüber dem Einkommen der Arbeiter erforderlich.

Beim Forst erfolgt die Aufbesserung durch Zuschlag zu den Akkordlöhnen. Es werden aus diesem Grunde für den Forst nur Verstärkungen zu den Ansätzen des Haushaltsplanes beantragt.

Wir möchten hierbei nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß durch die neue Lohnaufbesserung der Maschinenmeister und Arbeiter städtische Unterbeamte und auch Sekretäre und Assistenten gegenüber verschiedenen Arbeitern in ihrem Diensteinkommen verhältnismäßig recht ungünstig stehen. Wir haben es jedoch augenblicklich nicht für angebracht gehalten, noch eine Aenderung in den Gehaltssätzen der Beamten vorzunehmen.

Die Neuregelung erfordert erhebliche Mittel. Die jährlichen Mehrkosten gegenüber den bisherigen Beträgen werden sich, wie folgt, gestalten:

A.	Kriegsteuerungsbezüge der Beamten und Angestellten (A) (Anmerkung: Rechnet man bei den im Dienst befindlichen Beamten und Angestellten jedoch die im Jahre 1917 bewilligte einmalige Kriegsteuerungszulage hinzu, so ergibt sich im Jahre 1918 im Gesamtabschluß gegenüber dem Abschluß für 1917 ein Weniger von 1043,50 Mark.)	55 561 Mk.
B.	Beamte und Angestellte im Heeresdienst (A)	7 619 „
C.	Ruhestandsbeamte und Hinterbliebene von solchen	31 020 „
D.	Hilfsarbeiter	1 100 „
E.	Maschinenmeister und Heizer	10 000 „
F.	Hilfssteuererheber, Polizeihilfsbeamte, Hilfsratsdiener und Teuerungszulagen für Kriegshilfen	16 221 „
G.	Arbeiter (Arbeiterinnen)	97 000 „
	zusammen	218 521 Mk.

Voranmelden von Zwieback.

Auf die Lebensmittelmarke Nr. 37 werden demnächst 60 Gramm Zwieback abgegeben. Wer auf diese Lebensmittelmarke Ware kaufen will, hat bis Donnerstag, 13. Juni, einem Verkäufer nach seiner Wahl die aufgerufene Lebensmittelmarke zur Abtrennung des Anhanges, Abstempelung der Marke usw. vorzulegen.

Auszahlung der Kriegsunterstützung.

Die Kriegsunterstützungen werden Montag, den 17. Juni, von 8–12 Uhr vormittags durch die Stadthauptkasse in den Zimmern Nr. 25, 28, 31, 37, 38, 53 56, 57 und 81 ausgezahlt.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Unterstützungen nur erhoben werden dürfen, solange der Ehemann, Vater usw. zum Heeresdienst eingezogen ist. Veränderungen Entlassungen, Beurlaubungen Beförderung der Kriegsteilnehmer zu Offizieren, Feldwebelleutnants und diesen im Range gleichstehenden Dienstgraden usw. sind vor Erhebung der Unterstützung im Zimmer 75 des Neuen Rathauses zu melden. Ebenso ist jede Veränderung im Familienbestande (Sterbe- oder Geburtsfälle), sowie jeder Wohnungswechsel sofort ebenda anzuzeigen.

Jugendliche Hühnerdiebe.

Am Dienstag standen drei 13jährige Jungen vor dem Jugendgericht, um sich wegen Diebstahls zu verantworten. Sie hatten es sich zur Aufgabe gemacht, Hühner, die in Höfen umherliefen, an sich zu locken und dann unter der Jacke verborgen wegzutragen. Eine besondere Fertigkeit im Anlocken besaß der Otto H. Er steckte sich die Tasche voll Körner und streute dann den umherlaufenden Hühnern einige davon hin; ein Griff und schon hatte er das Huhn, das nach den Körnern gelaufen kam, unter der Jacke. Die so eroberten Hühner verteilten sie untereinander, bis sie einmal erwischt wurden. Da zwei von den Jungen bereits wegen Kaninchendiebstahls vorbestraft sind, werden sie zu Gefängnisstrafen von zehn, fünf und drei Tagen verurteilt.

Unermittelte Heeresangehörige, Nachlaß- und Fundsachen.

Die 21. Nummer der Liste „Unermittelte Heeresangehörige, Nachlaß- und Fundsachen" ist am 1. Juni 1918 als Beilage zur „Deutschen Verlustliste" erschienen. Die Liste enthält diesmal ein Verzeichnis sämtlicher mit Kennzeichen versehener Ringe, die bei der Zentralstelle für Nachlaßsachen in Berlin W. 15, Joachimsthalerstraße 10, lagern. Vervollständigt wird die Liste ferner durch ein Namensverzeichnis von Gefallenen, deren Angehörige nicht zu ermitteln waren. Eine Bildertafel liegt diesmal nicht bei. Die Liste kann zum Preise von vierteljährlich 60 Pfennig durch die Post bezogen werden. Einzelnummern (zum Preise von 20 Pfennig einschließlich Porto), sowie sechs ältere Nummern nach freier Wahl des Bestellers (zum Preise von 60 Pfennig einschließlich Porto) können — soweit der Vorrat reicht — gegen Vorhereinsendung des Betrages von der Norddeutschen Buchdruckerei in Berlin, Wilhelmstraße 32, bezogen werden.

* **Diebstahl.** In letzter Zeit wurden aus dem Grundstück Steinweg 1 17 wollene Pferdedecken, gez. R. W., gelb und dunkel gemustert, mit blau und gelber Kante entwendet. Vor Ankauf wird gewarnt. Zweckdienliche Mitteilungen erbittet die Kriminalpolizei.

* **Pfauhühner gestohlen.** Am 9. Juni zwischen 5¾ und 6½ Uhr früh sind aus dem Hofe der Hähnelschen Bierhalle zwei Pfauhühner Hahn und Henne, entwendet worden. Wer über den Täter oder über den Verbleib der Tiere irgend welche Angaben machen kann, wird ersucht, dies alsbald im Kriminalbureau, Zimmer 2, zu tun. Für Wiederherbeischaffung der Tiere wird angemessene Belohnung zugesichert.

* **Ladeninhabern zur Warnung.** Letzten Sonntag zwischen 6 Uhr abends und 12 Uhr nachts wurde von unbekannter Hand in der Goldberger Straße ein leinener Schaufenstervorhang mit Ledereken von einem Schaufenster entwendet. Er war 3 Meter lang, 2 Meter breit.

* **Zwei Paar Seitenblätter** von zwei Pferdegeschirren wurden vom 9. zum 10. Juni aus einem Pferdestalle in der Haagstraße gestohlen. Die Blätter sind von doppeltem Leder und mit Messingplatten und ebensolchen Schnallen versehen. Eins davon war fast neu. Wert 50 Mk. Vor Ankauf wird gewarnt.

* **Räude.** Unter dem Pferdebestande des Korbmachermeisters Schenkendorf, Dänemarkstraße 6/7 ist die Räude ausgebrochen.

* **Vortragsabend.** Herr Otto Boßhard von den Vereinigten Theatern in Breslau veranstaltet am 20. Juni im Saale der Ressource einen Vortragsabend. Der Künstler hat hier vor zwei Jahren im Stadttheater als Hamlet und Gyges mit gutem Erfolge gastiert. Da er also gewiß bei vielen noch in guter Erinnerung ist, so darf ein guter Besuch seiner diesmaligen Veranstaltung gesichert erscheinen.

* **Neues Sommer-Theater Liegnitz.** Donnerstag findet bei kleinen Preisen eine Aufführung der „Tollen Komteß" mit Fräulein Blom in der Titelpartie statt. Freitag wird als Volksvorstellung die Operette „Drei alte Schachteln" gegeben. Zu dieser Aufführung wird die Preise ganz bedeutend ermäßigt. Logen kosten 1 Mk., alle anderen Plätze 60 Pfg. Sonnabend ist die Erstaufführung der Operetten-Neuheit „Blitzblaues Blut". In dieser Operette, die in Berlin ein Schlager ist, sind die ersten Kräfte beschäftigt, u. a. die neue Soubrette Fräulein Olden, Fräulein Wille, Fräulein Stöger, Herren Bronder, Wilde und andere. In Vorbereitung „Dollarprinzessin"; ferner Gastspiel des 1. Helden und Bonvivant Emil Janson vom Stadttheater in Straßburg als Bela Palmay in „Berühmte Frau".

Standesamtliche Nachrichten von Liegnitz.

Todesfälle. Kohlenhändler Franz Stähr, 54 J. — Verehel. Zimmermann Pauline Löbe, 54 J. — Verehel. Rentner Auguste Keller, 64 Jahre.

Blumenpflege im Zimmer
von Otto Krauß
mit 27 Abbildungen.
Preis 40 Pfg.
Buchhandlung „Volkswacht".

Bei der städtisch besoldeten
Feuerwehr
sind Stellen zu besetzen. Unbescholtene Leute über 20 Jahre wollen sich mittags v. 11½–12½ Uhr beim Oberbrandmeister Scholz, Eilsenhof Nr. 1, melden. 217
Das Kommando.
Kittler, Branddirektor.

„In freien Stunden"
Illustrierte Romanbibliothek. Heft 15 Pfg.

Die Sozialdemokratie im Weltkrieg
Von Dr. Ed. David, M. d. R.
Aus dem Inhalt: Unsere Erklärungen im Reichstage und ihre Bekräftigung durch die sozialdemokratische Volksmasse. Was wir immer betont haben. Konnte die Sozialdemokratie den Krieg verhindern? Die Ursachen des Krieges. Die diplomatische Schuldfrage. Die Größe der Gefahr. Die Stellungnahme der Sozialisten in den Weststaaten. Die russische Taktik und Theorie. Nation u. Internationale.
Preis 2 Mk.
Zu beziehen:
Volkswacht-Buchhandlg. G. m. b. H., Breslau
Neue Graupenstr. 5/6

Neues
Sommer-Theater
(Neue Haynauerstraße 27a.)
Leitung: Willy Koßmann
Stellv.: Hugo Knappe.
Spielplan:
Donnerstag, 13. Juni, (Kleine Preise):
Tolle Comteß.
(Titelr. Friedel Blohm.)
Freitag, 14. Juni,
Große Volksvorstellung bei ganz kleinen Preisen:
Drei alte Schachteln.
Operette in 3 Akten von Heller-Ridesmus und Kollo.
Logen: 1.- Mk. Alle anderen Plätze: 60 Pfg. (einschl. Kartensteuer.)
Sonnabend, 15. Juni, Zum ersten Male:
Blitzblaues Blut.
(Operetten-Neuheit.)
Sonntag, 16. Juni:
Blitzblaues Blut.
Montag, 17. Juni:
Goldschmieds Töchterlein
(Kleine Preise.)
Dienstag, 18. Juni:
Stolze Thea.
(Ermäß. Operettenpreise.)
Die Direktion

Im Reiche der Sterne
von
Paul Heegard
Neu bearbeitet und erweitert von **Felix Erber**
Mit 168 Abbildungen in gutem Leinenband Mk. 4.60
Bei Postversand von Einzel-Exemplaren 30 Pfg. Porto
Zu beziehen durch die Volkswacht-Buchhandlung und Kolporteure.

Bestellschein.
An die Volkswacht-Buchhandlung in Breslau, Neue Graupenstraße 5/6.
Bestelle hiermit 1 Exemplar:
Im Reiche der Sterne
in gutem Leinenband Mk. 4.60.
Betrag folgt anbei. — In Wochenraten à Mk. 0.50.
(Nichtzutreffendes bitte durchstreichen.)
Name: ....
Ort und Straße: ....

Erscheint 3 mal wöchentlich.
Bezugsquellen-Verzeichnis.
Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Automaten-Restaurant. Central-[illegible], [illegible], Frauenstr. 12
Bierbrauereien, Bierverleger. [illegible] Böhmer's Nachf., Haagstraße 3
Buchdruckerei, Papier- u. Schreibwaren. [illegible]
Eisen- und Stahlwaren [illegible]
R. Jentzsch, Feldstr. 27, Haus- und Küchengeräte.
Fahrräder, Nähmaschinen. Bennert, Paul, Neue Goldbergerstr. 75
[illegible], Haynauerstraße 5, Gustav-Adolfstr. 18.
Titze, Carl, Jauerstraße 5.
[illegible], Breslauerstr. 20. [illegible]
Fahrräder, Zubehörteile. Kühn, Max, Mittelstr. 20. [illegible]
Galanterie- u. Spielwaren. Schwarzer, L., [illegible]
Gasthöfen, Restaurationen. Gewerkschaftshaus, Karthausstraße 1.
Zur Neustadt, R. Breslauerstr. 46, Inh.: R. Härtel.
Glaserei und Bildereinrahmung. Warschauer, Mittelstr. Nr. 50.
Herren-Garderobe. Danziger, L., [illegible] Größte Auswahl.
Schiller, S., Mittelstraße 2[illegible] Größte Auswahl.
Schwarz, Max, Mittelstr. 88 Arbeiter-Garderobe.
Hohlschleiferei und Stahlwaren-Spezial-Geschäft. Weidner, Ritterstr. 57 am Ring
Kolonialwaren. Reike, Gust., Mittelstr. 28, Generalvertrieb, Same, Senf u. Bleichgärtner.
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren. Koppatsch, M., Mittelstraße 16.
Krüger, Auguste, Neue Karthausstr. 1. Arbeiter-Garderobe.
Lederwaren. Paul Schroem, Mittelstr. 29. Telefon 2656.
Möbel-Magazine. Kramer, Hermann, Frauenstraße 39.
Obst- und Beeren-Weine. Kühn, G. H., Schulstraße 9.
Photographisches Atelier. Pohl, A., jetzt Gustav-Adolfstr. 2
Rossfleisch u. Wurstware. Herrman, Ernestine, Mittelstr. 5
Spezial-Putzgeschäft. Foerster, M., Mittelstraße 7
Sarg-Magazin und Beerdigungsinstitut. Gärtig, Emil, Frauenstraße 37.
Jahn, Paul, Jauerstr. 30, Marienplatz 11.
Strumpfstrickerei. [illegible]ner, Gust., Frauenstr. 50. Strümpfe jeder Art billig.
Zigarren, Zigaretten. Bieder, M. (früher Richter) Schloßstraße 25.
Heidrich & Kohl, Gerichtsstraße 1, [illegible]
Goldberg Brauerei. Neumann, Oswald, [illegible]
Glas- und Porzellanhandlung. Großer, Gsw., Ring 110.
Mühle und Bäckerei. [illegible] empfiehlt sich einer geschätzten Beachtung.
Haynau [illegible] Müller, [illegible] straße 57/58

[illegible] — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 7. — Verlag der „Volkswacht", G. m. b. H. — Druck von Th. Schatzky G. m. b. H., sämtlich in Breslau. [illegible]

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 12. Juni.

An unsere Feldleser!

Die bedeutend gestiegenen Herstellungs- und Versandkosten der „Volkswacht" zwingen uns selber jetzt auch, den Bezugspreis für Zeitungen ins Feld vom 1. Juli ab

auf 1,35 Mark für den Monat

oder 4,— Mark für das Vierteljahr

zu erhöhen.

Wir haben uns zu diesem Schritt nur ungern entschlossen, weil wir es bisher als eine unserer Hauptaufgaben betrachteten, unseren Feldlesern die „Volkswacht" so billig als nur möglich abzugeben. Das geht nun leider nicht mehr, und die obige Erhöhung muß am 1. Juli in Kraft treten. Wir bemerken aber ausdrücklich, daß durch den erhöhten Bezugspreis die Kosten für den Feldbezug bei weitem noch nicht gedeckt sind.

Zur Bequemlichkeit für die Feldleser legen wir in den nächsten Tagen ein **Postscheck-Formular** bei, das bei jeder **deutschen** Feldpost-Anstalt aufgegeben werden kann und bei dem nur Absender und Summe ausgefüllt werden brauchen.

Verlag der „Volkswacht",
Abteilung Feldpost.

Neues vom Schuhbedarfsschein

Ausweise beim Schuheinkauf.

Eine Verordnung der Reichsstelle für Schuhversorgung, die am 15. Juni in Kraft tritt, schreibt vor, wer in einem Geschäft **bedarfsschein**pflichtige Schuhe einkauft, muß einen Ausweis über seine Person vorzeigen. Wer für einen anderen bedarfsscheinpflichtige Schuhe einkauft, muß einen schriftlichen **Auftrag** des Schuhbedarfsschein-Besitzers und außerdem einen **Ausweis** über dessen Person vorlegen. Die Eltern können aber selbstverständlich für die Kinder ohne besondere Vollmacht bedarfsscheinpflichtige Schuhe kaufen.

Den Schuhhändlern ist alles verboten, was geeignet ist, Ansammlungen vor den Schuhgeschäften hervorzurufen oder zu fördern, z. B. Ankündigungen über Verkaufstage und den Eingang neuer Schuhsendungen. Wer diese Vorschriften verletzt, wird schwer bestraft.

Die Reichsstelle für Schuhversorgung in Berlin will mit der neuen Verordnung vor allem den Schleichhandel mit gefälschten oder unredlich erworbenen Schuhbedarfsscheinen bekämpfen.

SondSchuhbedarfsschein auf leichte Schuhe.

Eine andere Bekanntmachung der Reichsstelle für Schuhversorgung schreibt vor, daß in der Zeit vom 15. Juni bis 15. September 1918 für jeden Verbraucher auf Antrag **ohne Prüfung der Notwendigkeit des Bedarfs** ein **„Sonderschuhbedarfsschein"** auszustellen ist. Dieser berechtigt zum einmaligen Bezuge bedarfsscheinpflichtigen Schuhwerks und zwar eines Paares: 1. Hausschuhe oder Pantoffel oder 2. Turn- oder Tennisschuhe oder sonstige Leinenschuhe oder 3. Ball- oder Gesellschaftsschuhe (Spangen- oder ausgeschnittene Schuhe), deren Oberteil aus Seide, Sammet, Brokat oder anderen Stoffen, aus weißem, Bronze-, Gold- oder Silberleder, Wachstuch oder Kunstleder hergestellt ist.

Der Sonderbedarfsschein ist ebenso wie das darauf bezogene Schuhwerk bei späterer Prüfung von Anträgen auf Schuhbedarfsscheine **nicht anzurechnen**. Der Sonderbedarfsschein soll auf eine der zur Auswahl gestellten drei Arten von Schuhen lauten, kann jedoch auch so ausgefertigt werden, daß er wahlweise für eine der drei Arten gilt. **Ausgeschlossen** ist auf diesem Schein der Bezug festen Straßenschuhwerks.

Diese Bekanntmachung ist einmal ein Entgegenkommen der Reichsstelle an die Schuhhändler, die darüber klagen, daß die leichten Schuhe jetzt bei der strengen Bedarfsscheinpflicht nur schwer abgesetzt werden, zum anderen werden diese Schuhe der Bevölkerung gerade im Sommer sehr gute Dienste tun. Wir denken dabei allerdings hauptsächlich an die Hausschuhe und Turnschuhe.

Die Angestellten der Firma Gebr. Barasch

fanden sich am Donnerstag in den Unions-Festsälen zahlreich zu einer vom Zentralverband der Handlungsgehilfen einberufenen Betriebsversammlung ein. Gauleiter **Wachsner** sprach über „Arbeitszeit, Einkommen und Teuerung". Der Redner gab zuerst einen Ueberblick über die wirtschaftliche Lage der Handelsangestellten im allgemeinen. Er schilderte die traurigen Gehaltsverhältnisse vor dem Kriege und wie trotz dieser sich die Handelsangestellten bei Kriegsausbruch ganz bedeutende Gehaltskürzungen gefallen lassen mußten. Erst nach schweren Kämpfen, die vor allem der Zentralverband der Handlungsgehilfen geführt habe, sei es gelungen, diese zu beseitigen. Mit der immer mehr um sich greifenden Teuerung, sei dann die Lage der Angestellten immer ungünstiger geworden und wieder sei es die gewerkschaftliche Organisation der Handelsangestellten, der Zentralverband, gewesen, der für viele Tausende von Angestellten durch Anwendung gewerkschaftlicher Mittel Teuerungszulagen erzielt habe. Nachdem der Redner dann auf die Arbeitszeit der Handelsangestellten eingegangen war, beschäftigte er sich ausführlich mit den Arbeitsverhältnissen bei der Firma Gebr. Barasch. Er erinnerte daran, daß bei Kriegsausbruch viele der Angestellten entlassen, den anderen Angestellten nur die Hälfte des Gehalts gezahlt wurde, und wie es damals dem Zentralverband der Handlungsgehilfen gelang, trotz des Widerstandes der Firma dies zu beseitigen. Obwohl die Firma sehr geringe Gehälter zahle, habe sie während der Kriegszeit nur ganz ungenügende Zulagen gezahlt. Die Forderung der Angestellten auf **Gewährung einer ausreichenden Teuerungszulage** sei deshalb voll und ganz berechtigt. Auch die Beseitigung sonstiger bei der Firma bestehenden Mißstände sei dringend geboten. Unter großem Beifall der Versammlung konnte er mitteilen, daß sich die Firma nach Bekanntgabe der Versammlung an ihn gewendet und um eine **Verhandlung ersucht** habe, die auch bereits stattgefunden hätte. Die Firma habe sich in der Verhandlung zu einem **Entgegenkommen bereit erklärt**, doch sei eine endgültige Verständigung noch nicht erzielt worden und sollen deshalb **weitere Verhandlungen** stattfinden. Mit einem Appell an die Angestellten, weiter zusammenzuhalten und sich restlos dem Zentralverband der Handlungsgehilfen anzuschließen, schloß der Redner. Nach kurzer Aussprache nahm die Versammlung dann einstimmig folgende Entschließung an:

„Die am 6. Juni in den Unions-Festsälen tagende, zahlreich besuchte Betriebsversammlung der Angestellten der Firma Gebr. Barasch erklärt ihr volles Einverständnis mit der vom Zentralverband der Handlungsgehilfen der Firma unterbreiteten Forderung auf Gewährung einer Teuerungszulage von 20 Prozent auf die Gehälter bis zu 100 Mark, 15 Prozent auf die Gehälter von 101 bis 150 Mark und 10 Prozent auf die Gehälter von 151 Mark und darüber. Sie beauftragt den Zentralverband der Handlungsgehilfen, die weiteren Verhandlungen in dieser Frage zu führen und erwartet bestimmt, daß die Firma diese so notwendigen Teuerungszulagen gewähren wird.

Sie erwartet ferner Beseitigung der sonstigen in Bezug auf die ordentlichen Gehaltszulagen, die Umsatzvergütung, Kaution, Urlaub, Behandlung, Strafgelder, Pausen usw. bestehenden Uebelstände und ersucht den Zentralverband der Handlungsgehilfen, auch dieserhalb weiter mit der Firma zu verhandeln.

Die Versammlung erkennt an, daß zur Durchsetzung der Forderungen eine starke, zielbewußte Organisation notwendig ist und fordert alle Angestellten der Firma Barasch, die dem Zentralverband der Handlungsgehilfen noch fernstehen, auf, ihren Anschluß an den Zentralverband der Handlungsgehilfen zu vollziehen."

Eine sehr große Anzahl der Anwesenden traten der Organisation [illegible] notwendig ist es aber, daß dies **alle** Angestellten der Firma Barasch tun. Anmeldungen werden im Bureau des **Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, Margaretenstraße 17**, entgegengenommen, wo auch Auskünfte gern erteilt werden.

Die Selbsthilfe der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen.

Die Kriegsbeschädigten und entlassenen Heeresangehörigen stellen durch ihre große Zahl, wie auch durch die Art ihrer gewiß berechtigten Wünsche, die Behörden vor manche schwierige Frage, die kaum lösbar erscheint. Sie fordern vor allem Maßnahmen aller Art, um sich wieder eine gesicherte Existenz schaffen zu können. In vielen Hunderten von Orten entstanden Vereine, die sich solchen Aufgaben widmen. Sie unterstützen die amtlichen Fürsorgestellen im Sinne der Objekte dieser Fürsorge selbst, sie beraten die wirtschaftlichen Organisationen in Fragen, die zu deren Gebiet gehören, sie übermitteln die vielerlei Wünsche der Kameraden und der Hinterbliebenen in passender Form an die zuständigen Stellen und ergänzen obendrein die schon bestehenden allgemeinen Rechtsberatungseinrichtungen durch eigene Auskunftsstellen, die von erfahrenen Kriegsbeschädigten geleitet werden und zur mündlichen und schriftlichen Beratung kostenlos allen Kriegsbeschädigten wie auch den Hinterbliebenen verstorbener Krieger zur Verfügung stehen.

Für Schlesien und Posen haben diese Vereine eine Zentralstelle bei **Herrn H. Förster**, Breslau, Hubenstraße 98, errichtet, die jede weitere Auskunft erteilt. Diese Zentralstelle steht sowohl Einzelpersonen, wie auch Vereinen in Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten und ehemaliger Kriegsteilnehmer jederzeit gerne mit Rat und Tat zur Verfügung.

Provision und auftragwidrige Verträge.

* Gegen die Firma **Hälsen**, Spezialfabrik für Kassenblocks, hatte einer ihrer früheren Reisenden, Herr **Hilbert**, seit dem Jahre 1913 bereits mehrere Prozesse wegen Nachzahlung von Spesen und Provision angestrengt. Kürzlich wurde wieder vor dem Kaufmannsgericht in dieser Angelegenheit verhandelt. H. verlangte noch 48 Mark Provision von seinem früheren Chef für einen im Jahre 1913 abgeschlossenen Kauf über die Lieferung von 20 000 Blocks. Die Firma weigert sich, die Provision zu zahlen, weil H. bei Blocks Frankolieferung versprochen hatte, sodaß das Geschäft nicht lohnend gewesen sei und die Provision von 4 Prozent dabei kaum herauskäme. H. hätte also **auftragswidrig** gehandelt und daher keine Provision zu beanspruchen, denn letztere würde nicht so viel betragen, als die Fracht. Vom Vertreter des Klägers wird hiergegen eingewendet, daß letzterer damals eine Offerte einer Konkurrenzfirma vorgelegen hätte; er wollte daher hinter dieser nicht zurückstehen und glaubte im Interesse seiner Firma zu handeln, wenn er diesen Vertrag abschließe. Sein Chef hätte ja letzteren abrufen können, wenn er nicht nach seinem Wunsche war. Da ja aber erst die Hälfte der Blocks geliefert ist, habe er, der Kläger, mindestens Anspruch auf die halbe Provision. Es sei ihm von der Firma im Laufe der Jahre auch noch die Provision für 30 Prozent seiner damals abgeschlossenen Verträge gestrichen worden. Die Firma begründet dies damit, daß ihr Papier-Kontingent inzwischen um 30 Prozent gekürzt worden sei, so daß sie nicht mehr alle Aufträge ausführen könne, daher auch Herrn H. die Provision dafür gestrichen habe. Wenn dieser glaube, auf Provision Anspruch zu haben, dann hätte die Firma Schadenersatzansprüche.

Auf die Bemerkung des Vorsitzenden des Kaufmannsgerichts, daß ja die Firma einen auftragswidrigen Vertrag abberufen könne, wird erwidert, daß dies bei einem festangestellten Reisenden ausgeschlossen sei. Das Gericht erklärt aber der Firma, daß dies nicht ausgeschlossen sei, auch wenn die Aufträge in solchen Fällen trotzdem ausgeführt werden, so tut dies die Firma lediglich aus Geschäftsrücksichten.

Da der Vertreter des Klägers zur Zurücknahme der Klage nicht ermächtigt ist, ergeht das Urteil auf Abweisung der letzteren. Das Gericht stellt sich auf den Standpunkt, daß ein stillschweigender Verzicht des Klägers auf die Provision vorlag und ebenso ein Verzicht der Firma auf Schadenersatz auf Grund des Schreibens, daß sie bei diesem Geschäfte nicht einmal die vier Prozent Provision herausschlägt. So dürfte wohl dieser Rattenkönig von Prozessen ein Ende gefunden haben.

Zur Behebung der Möbelnot.

Am Montag tagte der Schlesische Zentral-Gewerbeverein im Hause der Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur. Zunächst wurde beschlossen, der **Breslauer Messegesellschaft** mit einem Anteil von 1000 Mark beizutreten. Dann wurden noch 1000 Mark bewilligt zur Ausstellung vollständig eingerichteter **Ansiedelungshäuschen** für kriegsverletzte Handwerker.

Unter einer Reihe von Vorträgen, die dann gehalten wurden, sei zunächst der des Landtags-Abgeordneten, Kunsttischlermeisters **Konietzny** erwähnt, der über **die Möbelnot und die zur Abhilfe geplanten Mittel** sprach. Er führte aus, daß wir zurzeit eine sehr große Möbelnot haben, denn wir hatten vor dem Kriege eine recht erhebliche Einfuhr von Möbeln. Da aber die Möbel von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung sind, denn sie gehören zu einer guten Bevölkerungspolitik, mußte sich der Staat mit der Lösung dieses Notstandes befassen. Von den 250 000 Kriegstrauungen, die vollzogen worden sind, kann mit 200 000 Minderbemittelten gerechnet werden, die bei den hohen Möbelpreisen nicht in der Lage sind, sich ein eigenes Heim zu schaffen. In Breslau haben wir zurzeit 4000 Kriegsgetraute. Da auch nach dem Kriege mit einem stark verminderten Holzschlag zu rechnen ist und Oesterreich-Ungarn von der Lieferung völlig ausscheidet, ist dadurch Vorsorge getroffen worden, daß durch einen Antrag im Abgeordnetenhause die preußischen Forstverwaltungen verpflichtet worden, Holz zur Verfügung zu stellen, um für diese Bevölkerungsschicht gute und billige Möbel herstellen zu können. In Breslau hat sich eine Gesellschaft mit einem Einlagekapital von 350 000 Mark gebildet, die den Kauf der Rohmaterialien und die Herstellung der Möbel übernommen hat. Diese Möbel, die dann die ärmere Bevölkerung erwerben möchte, werden von der Kriegsdarlehnskasse beliehen. Sind die Möbelsuchenden in der Lage, eine Anzahlung zu leisten, so können sie dies tun und den Rest in monatlichen Raten abzahlen. Bis zur völligen Bezahlung bleiben die Möbel Eigentum der Kriegsdarlehnskasse. Solche gemeinnützigen Wirtschaftsstellen haben schon in anderen Städten Hervorragendes geleistet und dürften in Kürze auch zur Preissenkung beitragen.

Eine neue Aufgabe des Kriegsmietamts

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 26. Juni 1917 hat der Minister des Innern, dem Antrage der hiesigen städtischen Behörden entsprechend, dem hiesigen Kriegsmietamt die jederzeit widerrufliche Genehmigung erteilt, bei Wohnungen mit einer Jahresmiete bis 750 Mark und bei gewerblichen Räumen bis 1200 Mark **Entscheidungen zum Schutze der Mieter zu treffen**. Das Kriegsmietamt kann darnach auf Anrufung eines Mieters **Kündigungen aufheben**, die vom Vermieter ausgehen, das Mietverhältnis auf bestimmte Zeit fortdauern lassen, und auch, wenn die Umstände es erfordern, zugleich **die Miete erhöhen**. Es kann ferner auf Anruf eines Vermieters einen mit einem neuen Mieter abgeschlossenen Mietsvertrag, der nicht erfüllt werden kann, weil der alte Mieter auf Grund der Entscheidung des Mietamts wohnen bleiben darf, **mit rückwirkender Kraft aufheben**. Diese seine neue Tätigkeit, die es neben seiner bisherigen auszuüben hat, nahm das hiesige Kriegsmietamt am 28. März cr. auf und hat seitdem mehr als 300 Fälle zu erledigen gehabt. Das Amt ist für diese Aufgabe mit einem Vorsitzenden, der zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst befähigt ist, und mit zwei Beisitzern besetzt, von denen der eine Hausbesitzer, der andere Mieter sein muß. In dringenden Fällen kann der Vorsitzende allein die Entscheidung treffen. Es [illegible] für die Stadt im ganzen 10 Vor[illegible] durch den Magistrat und 30 Beisitzer durch die Stadtverordnetenversammlung gewählt worden. Allwerktäglich, mit Ausnahme des Dienstags und Donnerstags, finden Sitzungen des Kriegsmietamts statt, und zwar meist gleichzeitig zwei. Durchschnittlich gelangen in jeder Sitzung etwa 10 Sachen, [illegible] 20 Sachen täglich zur Erledigung. Das Ergebnis der bisherigen neuen Tätigkeit des Amtes ist dahin zusammenzufassen, daß in den meisten Fällen die **Kündigung zurückgenommen** oder aufgehoben und das Mietverhältnis auf längere oder kürzere Frist fortgesetzt worden ist. In manchen Fällen war eine Mietserhöhung damit verknüpft, oder es wurden dabei andere Bedingungen vereinbart.

Ein Uebelstand, der sich sehr unangenehm [illegible] gemacht hat, [illegible] Sprache zu bringen: das ist die **verspätete Einreichung der Anträge** auf Entscheidung beim Kriegsmietamt. Es muß durchaus gefordert werden, daß entweder sofort nach Eingang der Kündigung oder doch in einigen Tagen, **spätestens innerhalb einer Woche**, der Antrag auf Entscheidung bei dem Amte eingeht. Oftmals erfolgt der Anruf erst kurze Zeit vor Ablauf der Kündigungsfrist; da kann dem Antragsteller meist nicht mehr geholfen werden, und überdies entstehen die größten Schwierigkeiten, wenn inzwischen die Mietsräume schon weiter vermietet sind. Wenn die Kündigung aufgehoben wird, kommt der neue Mieter in eine schlimme Lage, denn er wird oft gewärtigen müssen, von seinem bisherigen Vermieter auf Räumung verklagt zu werden und dann nicht so schnell eine Wohnung finden. Es ist überhaupt jedem Mieter, der eine neue Wohnung mietet, zu empfehlen, sich **vorher zu vergewissern, daß der bisherige Mieter auch wirklich auszieht** und nicht etwa den Antrag auf Aufhebung der Kündigung beim Mietsamt stellt. — Viele Mieter, die eine höhere Jahresmiete als 750 Mark (für Wohnräume) oder 1200 Mark (für gewerbliche Räume) bezahlen, werden bedauern, die Rechte aus der Mieterschutzverordnung nicht in Anspruch nehmen zu können. Diese seien jedoch darauf hingewiesen, daß es ihnen freisteht, eine Verhandlung mit dem Vermieter zum Zwecke gütlicher Einigung vor dem Kriegsmietamt zu beantragen; wenn dieses auch keine Entscheidung treffen kann, so wird es doch angemessene Vorschläge machen und an seinem Teile dazu beitragen, Härten und Unbilligkeiten auszugleichen.

Der Schlesische Tierschutzverein

hielt am Sonntag im Konzerthaus seinen 40. Verbandstag ab. Der erste Vorsitzende, Kaufmann und Stadtverordneter **Kaiser**, gab bekannt, daß der Verein verschiedene Anträge an Behörden abgeschickt habe gegen gewisse Tierquälereien, wie schlechte Behandlung der Tiere durch jugendliche Personen, ungeeignete Transportverhältnisse usw., einzuschreiten. Ferner wurde der Antrag eingebracht, Vergnügungsfahrten in pferdebespannten Wagen einzustellen.

Den Bericht für das Jahr 1917 gab der Verbands-Schriftführer **Heinrich**. An Mitgliedern sind zurzeit 7000 vorhanden. Erfreulicherweise kann festgestellt werden, daß im Berichtsjahre die Fälle, in denen wegen Tiermißhandlung eingeschritten werden mußte, ganz erheblich zurückgegangen sind. Die vorgekommenen Tierquälereien wurden in 78 Fällen gerichtlich geahndet und 227 Fälle fanden durch die Polizeibehörden ihre Erledigung. In verschiedenen Städten ist man dazu gekommen, Tierschutzkalender an Gefängnisinsassen zu verteilen.

Von den verschiedenen Anträgen, die zur Verhandlung standen, ist besonders der Antrag zu erwähnen, der die Abhaltung von **Kinder-Tierschutztagen** wünscht. Wie der Vertreter des Antrages, Rabbiner **Ellguther** aus Neisse, hervorhob, sind dort bereits vor dem Kriege solche Tierschutztage abgehalten worden, die einen außerordentlich guten Erfolg zeitigten. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ein völlig anderes Resultat erbrachte ein Antrag, der besagt, der Verbandstag wolle zur Frage der **Katzensteuer** Stellung nehmen. Lehrer **Gauglitz** aus Münsterberg, der den Antrag vertrat, hob hervor, daß der Antrag nur die wildernden Katzen treffen wolle, die unter den nistenden Vögeln in den Stadtparks, Dorfgärten und auf den Friedhöfen großen Schaden anrichten. Die Anwesenden hielten aber die Einwirkung auf die Katzenhalter als den besten Schutz gegen wildernde Katzen. Es sei davor zu warnen, die Katzensteuer zur **Verbandssache** zu machen. Als Kuriosum sei noch erwähnt, daß ein Delegierter als besten Schutz gegen das Wildern der Katzen empfahl, ihnen bald nach der Geburt die Ohren abzuschneiden. Solche ohrenlose Katzen gingen niemals wildern.

Ein Antrag aus Oels fordert die Beseitigung der **Scheuklappen** bei Pferden, da diese zur Qual für das Tier werden, ja sogar zu seiner völligen Erblindung führen können. Gegen diesen Antrag lag ein Schreiben des Breslauer **Droschkenbesitzer-Vereins** vor, der wünscht, daß der Antrag nicht durchgehe, da sonst viele brauchbare Droschkenpferde ausgeschaltet werden müßten, weil sie ohne Klappen nicht zu fahren sind. Auch in der Aussprache gingen die Ansichten über die Abschaffung der Klappen weit auseinander, sodaß man zu dem Entschluß kam, dem Vorstand die Angelegenheit zu überlassen mit der Maßgabe, mindestens dahin zu wirken, daß die Anbringung der Scheuklappen eine Verbesserung erfahre.

Den Anträgen aus Neustadt und Schweidnitz, **Lieferung von Hunde- und Vogelfutter**, kann nicht stattgegeben werden, da die Landes- und Reichsfuttermittelstelle nicht in der Lage ist, größere Mengen Futter abzugeben.

An den Vorstand des Verbandes Deutscher Tierschutzvereine in Cöln a. Rh. wird folgender Antrag [illegible], mit der Bitte, ihn auf die Tagesordnung des [illegible] Verbandstages zu [illegible]: Der Verband möge die [illegible] ersuchen, daß diese [illegible] in Friedenszeiten zu [illegible] **Ernährung der heimischen Vögel** [illegible] und Anlegung [illegible] Vogelschutzgehölzen [illegible]. Nur dadurch kann [illegible] vor [illegible] bewahrt bleiben.

* Das [illegible] Wilhelm [illegible], Tauentzienstraße 183, [illegible]

Versorgung der ärmeren Bevölkerung mit Möbeln.

Der Antrag des Magistrats auf Beteiligung der Stadt an einer Gesellschaft zur Versorgung der ärmeren Bevölkerung mit Möbeln, mit einem Kapital von 250 000 Mark, ist von der Breslauer Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 4. April mit der Maßgabe genehmigt worden, daß in dem Vorstande der zu gründenden Gesellschaft der Magistrat durch ein Mitglied vertreten sein muß. Daraufhin ist der Entwurf eines Gesellschaftsvertrages unter Zuziehung von Vertretern des Tischlergewerbes, die sich ebenfalls an der Gesellschaft beteiligen wollen, fertiggestellt worden. Der Entwurf hat dem Magistrat vorgelegen und ist von diesem genehmigt worden. Der von der Stadt zu leistende Zuschuß von 250 000 Mark ist bereitgestellt, und die Beteiligten vom Tischlergewerbe sind aufgefordert worden, ein Viertel des von ihnen gezeichneten Zuschusses zur Gesellschaft einzuzahlen. Der Magistrat wird ferner bei der Stadtverordnetenversammlung einen Antrag auf Wahl von 2 Mitgliedern aus ihrer Mitte in den Aufsichtsrat der Gesellschaft stellen. Sonach ist zu erwarten, daß die Gesellschaft demnächst ins Leben treten und ihre Tätigkeit beginnen wird.

Schwierige Schiffahrt.

Die anhaltende trockene Witterung hat die Zuflußverhältnisse auf den schlesischen Wasserstraßen derart ungünstig beeinflußt, daß der Wasserstand, namentlich auf der Oder, nicht mehr ausreicht, um den Schiffsverkehr, auch bei ausgedehnten Leichterungen, in Gang zu halten. Die Binnenschiffahrt in der Provinz ist denn auch bis zur Belanglosigkeit herabgesunken. Nur mit Hilfe abgelassenen Stauwassers ist es möglich, einige auf der Reise befindliche stark geleichterte Fahrzeuge zu Tal zu bringen. Unter diesen Verhältnissen leidet naturgemäß der **Kohlenversand** mittels Kahn empfindlich. Da mit Beginn der Ernte eine Einschränkung der Wagengestellung in den oberschlesischen Kohlenrevieren zu erwarten ist, kommt der ungünstige Wasserstand der heimischen Volkswirtschaft doppelt ungelegen.

„Feldpostbrief".

Die unbefugte Anwendung des Vermerks „Feldpostbrief" ist nicht als Urkundenfälschung und Betrug strafbar. Diese Entscheidung hat das **Reichsgericht** in zwei Urteilen gefällt. Zwei Landgerichte hatten deshalb wegen Versuchs der **gewinnsüchtigen Urkundenfälschung** verurteilt. In einem Falle sprach das Reichsgericht frei, im anderen wurde die Sache an die Vorinstanz zurückverwiesen. In beiden Fällen waren Briefe von Frauen mit dem Vermerk „Feldpostbrief" versehen und als Absender Soldaten angegeben worden. In der Begründung des ersten Falles wird ausgeführt, daß Straftaten, die im Strafgesetzbuch unter Strafe gestellt sind, dennoch nicht dieser Strafe unterliegen, wenn für sie eine **anderweite Strafe in einem Sondergesetz** versehen ist, welchem das Strafgesetzbuch die Ordnung einer einzelnen Materie überlassen hat. Der im Sondergesetz festgelegte Tatbestand ist mit der darin angedrohten Strafe ausreichend geahndet, auch wenn der Tatbestand eine schwerere Strafe rechtfertigen würde. Sonst hätte im Gesetz ein Vorbehalt ausgesprochen werden müssen, ohne den das Sondergesetz in zahlreichen Fällen seiner Wirkung entkleidet sein würde. Ein solches Sondergesetz ist das Reichsgesetz über das Postwesen von 1871. Durch dieses wird die **Bestrafung von Portohinterziehungen** erschöpfend geregelt. Dort wird ausdrücklich bestimmt, daß bestraft wird, wer sich zu einer portopflichtigen Sendung einer Bezeichnung bedient, die von der Entrichtung des Portos befreit ist.

* **Ueber den Güterverkehr auf der Eisenbahn** ergeht eine militärische Anordnung, wonach es verboten ist, bezüglich des Absenders, der Art, der Menge und des Gewichts der Güter, des Empfängers oder der Verwendung des Gutes falsche Angaben zu machen. Näheres ist aus dem Anzeigenteile zu ersehen. Wer unter falschen Angaben Waren verschickt, hat Gefängnis bis zu einem Jahre oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark zu gewärtigen.

* **Flurdiebstähle.** Aus dem Flur des Hauses **Charlottenstraße 42** ist am 7. Juni nachmittags in der Zeit von 3 bis 4 Uhr ein 5 m langer, 60 cm breiter leinener grauer Treppenläufer mit roten Streifen gestohlen worden. — Ein im Hausflur **Weidenstraße 7** stehendes Herren-Fahrrad Marke „Triumph", vorn mit roten, hinten mit grauem Gummischlauch, ist am 3. Juni gestohlen worden.

* **Großer Einbruchsdiebstahl.** Am 9. Juni nachmittags in der Zeit von 3 bis 6 Uhr ist eine Wohnung im Hause **Jahnstraße 17** von Einbrechern heimgesucht worden, die dort gründlich ausgeräumt haben. Es fielen ihnen zunächst eine Menge Kriegsanleihescheine in die Hände, so von der 4. Kriegsanleihe drei Stücke zu 100 Mark, Nummern 4 572 829, 4 566 294, 4 572 829; von der 5. Kriegsanleihe drei Stücke zu 100 Mark, Nummern 6 819 043; 6 811 668; [illegible] 990 343; von der 6. Kriegsanleihe ein Stück zu 100 Mark, Nr. 9 080 327; von der 7. Kriegsanleihe drei Stücke zu 100 Mark, Nummern 11 218 337; 12 411 249; 11 230 374, und ein Stück zu 200 Mark, Nr. 8 892 956. Außerdem erbeuteten sie silberne Tee-, Suppen-, Eß- und Moccalöffel und Obstmesser; ferner eine amerikanische Damenuhr mit Sprungdeckel, einen [illegible] mit silberner Krücke gez. Leo Schmul, 3. 8., [illegible] zwei silberne Kinder-Bestecke, [illegible] eine blaue Kostümjacke mit silbergrauem Futter, ein blaues Kleid und Bluse mit Einsatz und silbergestickter Spitze, ein seidenes blaukariertes Kinderkleid, einen Herren-Gehrock-Anzug mit gestreifter Hose und 15 Paar Herrensocken gez. E. S., endlich noch etwa 5000 Zigaretten, 3000 Zigarren und verschiedene [illegible]

Kunst, Theater und Vergnügungen.

(Vergl. Anzeigenteil.)

Theater: Stadttheater. Heute abend 7 Uhr Oper „Martha". Morgen Donnerstag, abends 7½ Uhr „Der Postillon von Lonjumeau". Freitag 6½ Uhr „Lohengrin". — **Schauspielhaus** (Operettenbühne). Heute und die folgenden Tage „Drei alte Schachteln".

Varietes und Kinos. Liebich-Theater. Allabendlich 7 Uhr „Blitzblaues Blut". — **Viktoria-Theater.** Heute und die folgenden Tage 8 Uhr „Die Kinokönigin". — **Tauentzien-Theater.** Gunnar Tolnäs in „Die Spur der ersten Liebe". Ferner „Komteßchen auf Strafurlaub", Lustspiel. — **Deutscher Kaiser.** Jeden Abend: Geibels Original Leipziger Sänger. — **Zeltgarten.** Allabendlich der glänzende Spezialitäten-Spielplan.

Schlesien und Posen.

Weniger Kartoffeln?

Gewerkschaftssekretär **Stegerwald**, Mitglied des Beirats des Kriegsernährungsamts, hat dieser Tage in einem Vortrag über die Ernährungsverhältnisse in **Dresden** mitgeteilt, daß die Lage unserer Kartoffelvorräte es wohl nicht möglich machen werde, überall die Ration von sieben Pfund aufrechtzuerhalten. Die Richtigkeit dieser Auffassung wird, nach der „Köln. Zeitung", vom Kriegsernährungsamt bestätigt. Die noch vorhandenen Mengen reichen nicht zu, um überall bis zur neuen Ernte sieben Pfund Kartoffeln für den Kopf verteilen zu können. Viele Kommunalverbände besitzen so große Vorräte, daß sie von einer Einschränkung nicht berührt werden. Die Gemeinden, die nicht so gut vorgesorgt haben, werden die Kartoffelmenge bis zum Eintritt der neuen Ernte voraussichtlich herabsetzen müssen.

Weniger Brot, weniger Fleisch, weniger Kartoffeln!

Schweidnitz, 12. Juni. **Immer wieder die alte Fahrlässigkeit.** Im „Eisenwerk Schweidnitz" wollte der 15jährige Schlosserlehrling **Ludwig während des Ganges der Maschine einen Treibriemen** auf die **Transmission werfen.** Er wurde von der Transmission erfaßt und gegen 15 Mal **herumgeschleudert.** Dem Verunglückten wurde der **linke Arm zweimal**, der **rechte einmal und beide Beine mehrmals gebrochen.**

Waldenburg, 12. Juni. **Eine verbotene Versammlung der Vaterlandspartei.** Der Kreisverein Waldenburg der Deutschen Vaterlandspartei hatte zu Montag, den 10. Juni, eine Versammlung einberufen, in der ein Vortrag über „Ostfragen" gehalten werden sollte. Zu dieser Versammlung waren außer den der Vaterlandspartei korporativ angeschlossenen Vereinen, wie es in einem redaktionellen Hinweis hieß, „Männer und Frauen aller deutschfühlenden und deutschdenkenden Stände" eingeladen. Von sozialdemokratischer Seite wurde hierauf öffentlich angefragt, ob die bisherigen Einschränkungen: **Verbot** von öffentlichen Versammlungen, Verbot politischer Erörterungen gefallen seien. Die Vaterlandspartei erklärte nunmehr in einer neuerlichen Einladung, daß nur Einzelmitglieder und korporativ angeschlossene Vereine Zutritt hätten, mußte aber, wie die „Breslauer Zeitung" meldet, am Montag verkündigen, daß die Versammlung wegen **Verbots** des stellvertretenden Generalkommandos **nicht stattfinden könne.**

Wünschelburg, 11. Juni. **500-Jahr-Feier der Stadt Wünschelburg.** Im Laufe dieses Jahres begeht unsere Stadt die 500-Jahrfeier ihres Bestehens, da nunmehr ein halbes Jahrtausend vergangen ist, seit König Wenzel dem Orte Stadtrechte verlieh. Die Stadtverordneten beschlossen, in Rücksicht auf die gegenwärtige Kriegszeit, von größeren äußeren Feierlichkeiten aus Anlaß des Stadtjubiläums abzusehen, doch soll zum Gedächtnis dieses Tages eine Stiftung in Höhe von **100000 Mark zu gemeinnützigen Zwecken** errichtet werden und es wird die Aufstellung der Stiftungsurkunden in einer besonderen feierlichen Jubiläumssitzung der städtischen Körperschaften geschehen.

Deutscher Reichstag.

(Schluß.)

tags, die Verhältnisse zu bessern, anerkennen würde. Gerade die Verhandlungen über diese Fragen werden von Soldaten und Offizieren sehr eifrig gelesen. Ein wirksames Eintreten der Presse in diesen Fragen der Behandlung der Soldaten würde mehr wirken, als ein halbes Dutzend Erlasse der Heeresverwaltung. Ein unerhörter Zustand ist, daß vielfach Rote-Kreuz-Schwestern den Verwundeten die Lebensmittel entziehen und sie ihren Freunden zuführen. Die Qualität der Lebensmittel ist oft so schlecht, daß eine gründliche Offensive gegen dieses

Heer von Gaunern und Betrügern

dringend geboten ist. Noch ein Wort zur Politik im Heere. Den Militärmusikmeistern ist die Veröffentlichung von Anzeigen der Militärkapellen im „Vorwärts" verboten. Im R.-Inf.-Regt. 204 hat der Regimentskommandeur den „Vorwärts" und andere sozialdemokratische Blätter beschlagnahmt. In einem anderen Regiment ist ein Mann mit 5 Tage Mittelarrest bestraft, weil er den „Vorwärts" las. (Hört, hört!) Mit welchem Recht kann man diesen alten Unfug der preußischen Militärverwaltung heute noch weiterführen? Alle Leute, die wegen des Streiks im Januar 1918 eingezogen sind, haben den Vermerk: B. 18. Ein Soldat, der mit diesem Vermerk herauskommt, ist geliefert. Jede kleine Vergünstigung wird ihm versagt. Ich verstehe, daß die Militärverwaltung diesen Streikenden nicht besonders wohlgesinnt ist, aber das gibt ihr kein Recht, diese Arbeiter jetzt monatelang verfehmen zu lassen, die damals meist aus sehr reinen, von ihrem Standpunkt aus guten Motiven [illegible] Der Kriegsminister wird aus der charakteristisch scharfen Rede des Zentrumsredners gemerkt haben, wie schlimm die Dinge tatsächlich werden. Wenn seine Machtmittel zur Abstellung der Mißstände nicht ausreichen, möge er sich an den Kaiser wenden. Um solche Uebel zu beseitigen, begrüße ich jedes Mittel. Ich bitte den Kriegsminister durch eine scharfe Erklärung, die dann vielleicht auch einmal die Offizierspresse bringt, den Offizieren das Gewissen zu schärfen. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Dr. **Haas** (Vpt.): Mit den vorgeschlagenen Milderungen im Militärstrafgesetzbuch sind wir **einverstanden.** Schwere Bedenken dagegen haben wir gegen die Vorlage über die Heeresunfähigen. Sie wirkt wie eine **neue Bestrafung.** Wenn man die Leute braucht, so möge man sie als Soldaten einziehen. (Sehr richtig!) Der Befehl, daß jede schriftstellerische Veröffentlichung eines Soldaten dem Vorgesetzten vorgelegt werde, muß **verhindert** die Veröffentlichung vieler wertvoller Leistungen. Dagegen wird das Geschreibe mancher Kriegsberichterstatter allmählich unerträglich. (Zust.) Auch wir müssen Klage führen über andauernde politische Uebergriffe militärischer Vorgesetzter. Man bedenke doch, daß **erwachsene Menschen** draußen stehen, die sich eine feste politische Ueberzeugung gebildet haben. Sogar gegen das gleiche Wahlrecht wird unter Mißbrauch der Vorgesetzten-Gewalt gearbeitet. Obwohl sich der **Oberste Kriegsherr** für das gleiche Wahlrecht eingesetzt hat. Noch immer werden alle Leute von der Beförderung zum Offizier ausgeschlossen, die sich nicht die Berechtigung zum Einjährigendienst auf der Schule ersessen haben. Wie unmilitärisch ist ein solches Verhalten. Den Dank an die Feldgrauen können wir nicht durch Festreden, sondern nur durch die Tat abstatten. (Bravo!)

Die Weiterberatung wird auf Mittwoch 1 Uhr vertagt.

Schluß: 6¾ Uhr.

Vorsitzender Ebert (Soz.):

Aus dem Hauptausschuß.

Berlin, 11. Juni. Der Hauptausschuß des Reichstages vollzog heute vor Eintritt in die Tagesordnung die **Wahlen des neuen Vorsitzenden** und des Stellvertreters. Auf Vorschlag Groebers (Ztr.) wurde **Ebert** (Sozialdemokrat) **zum Vorsitzenden** und **Stresemann** (natlb.) zum stellvertretenden Vorsitzenden durch Zuruf gewählt. Der bisherige Vorsitzende und jetzige Reichstagspräsident **Fehrenbach** verabschiedete sich mit Dankesworten vom Hauptausschuß, worauf ihm Junck (natlb.) den Dank des Ausschusses für die umsichtige Amtsführung aussprach.

Ebert übernahm mit dem Ausdruck des Dankes für das ihm entgegengebrachte Vertrauen den Vorsitz und würdigte die Geschäftsführung des bisherigen Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden. Darauf wurde die Beratung der Aenderung des Reichsstempelgesetzes fortgesetzt.

Bei der Besitzsteuer-Debatte, über die uns gestern nur ein unvollkommener Bericht vorlag, führte Abg. **Keil** (Soz.) aus: Der Steuergerichtshof muß kommen und sich auf alle Reichssteuern erstrecken. Ueber die Stellung meiner Fraktion zu dem ganzen Programm der Verbrauchssteuern kann ich heute eine Erklärung nicht abgeben. Wir haben keinen Anlaß, den Erfolg, der in den Zugeständnissen des Reichsschatzes liegt, zu verkleinern, dürfen wir ihn doch in erster Linie auf unser Konto setzen. Festzustellen ist auch, daß der ganze Reichstag eine **stärkere Erfassung des Besitzes** fordert. Die Erklärungen der Regierung bilden aber doch nur einen **Teilerfolg.** Für uns war das Entscheidende die Besitzsteuerquelle anzubohren und einen möglichst hohen Ertrag herauszuholen. Es ist bedauerlich und führt zu Härten, das einfache Einkommen frei zu lassen, mag es noch so groß sein, das Vermögen aber schon bei einem Ertrag von 2—3000 Mark zu erfassen. Es liegt in der Macht des Reichstags, den ganzen Antrag Groeber durchzusetzen. Beim **Wehrbeitrag** war das Einkommen schon für Reichszwecke besteuert. Wird jetzt darauf verzichtet, so gleicht der Beschluß der Echternacher Springprozession. Heute sind wir so weit, daß der Reichstag der **Regierung Einnahmen anbietet und aufdrängt**, die die Regierung zurückweist im Widerspruch mit den Reichsinteressen. Je mehr das Volk erkennt, daß unsere Finanzpolitik eine **unsolide** ist, desto größer wird das Mißtrauen. Wir können so nicht weiter machen, zumal wir **keine** Sicherheit für einen baldigen Frieden haben. Bei uns sind die großen Einkommen im alleräußersten Falle mit 30 Prozent, in **England** schon von 50000 Mark ab mit 55 Prozent belastet. Unsern Erbschaftssteuer-Antrag schiebt man lediglich aus taktischen Gründen immer weiter hinaus, nur um eine Kompensationsreserve für künftige Verbrauchssteuern zu haben. Dem Reich entgehen damit jährlich Hunderte von Millionen. Ein sachlicher Einwand gegen den Ausbau der Erbschaftssteuer in unserem Sinne ist **nicht** erhoben worden und nicht möglich. Man sollte bedenken, wie es im Volke wirkt, wenn die Regierung sich stets **schützend vor den Besitz stellt.** Man reiht eine Verbrauchssteuer an die andere und hat bis jetzt noch **keine einzige dauernde Besitzsteuer** geschaffen. Zuerst müssen die Besitzsteuern **erschöpft** und **dann** erst den anderen Quellen nachgegangen werden. Das würde auch ernüchternd auf die Annexionisten einwirken, bei denen die materiellen Interessen alle ethischen und Gefühlsregungen überwuchern. Durch die steuerliche **Schonung** der Besitzenden, die den Krieg materiell noch nicht zu spüren bekommen haben, wird die Vaterlandspartei **begünstigt.** Diese Kreise müssen endlich einmal erfahren, wie der Krieg materiell wirkt, darum empfehle er den sozialdemokratischen Erbschaftssteuerantrag.

Kleine Kriegsnachrichten.

Wilson hat einem mexikanischen Zeitungsschreiber wieder einmal Erklärungen über Amerikas Haltung abgegeben, in denen er erneut die völlige Selbstlosigkeit der Vereinigten Staaten im Kriege betonte. Neben dieser aufgewärmten Behauptung enthielt die Rede nichts, was sich der Aufzeichnung verlohnte.

Die Gefangenenaussagen mehren sich, daß im englischen Heere die Unzufriedenheit mit dem französischen Oberbefehl wachse. Man hätte sich den französischen Oberbefehl zur Not gefallen lassen, wenn er die Ententeheere zum Siege geführt hätte. Da aber Foch keine besseren Resultate erziele als Haig, ist der englische Stolz umso empfindlicher verletzt und die Engländer machen für die Niederlage an der **Aisne** die Franzosen verantwortlich.

In den zahlreichen Luftkämpfen, die am 9. Juni trotz tiefhängender Wolken und gegen Abend einsetzenden Sturmes an der Westfront ausgefochten wurden, errang das Jagdgeschwader Richthofen seinen **400.** Luftsieg.

Versenkt. Die Niederländische Telegraphen-Agentur meldet aus Ymuiden, daß der Fischerlogger „Helena Ym 312" am 9. Juni in der Nähe des Leuchtschiffes „Doggerbank" in den Grund gebohrt wurde, wobei drei Mann der Besatzung ums Leben kamen.

Politische Uebersicht.

Der Ausschuß des Reichstags zur Vorberatung der Getränkesteuern begann Dienstag die zweite Lesung des Weinsteuerentwurfs. Es wurde ein Kompromißantrag beraten, die Steuer, deren Ermäßigung von 20 auf 10 Prozent in erster Lesung beschlossen worden war, wiederum auf 20 Prozent festzusetzen, aber den Bundesrat zu ermächtigen und auf Verlangen des Reichstags zu verpflichten, nach Beendigung des Krieges diesen Satz für Weine bis zu 2 Mark das Liter auf 15 Prozent zu ermäßigen. — Zur Abstimmung kam es noch nicht.

Die Republik Georgien. Der Außenminister der neuen Republik Georgien, Tschenkeli, ist mit einer Abordnung in Berlin eingetroffen. Er hat Mitteilung gemacht von der Auflösung der Republik Transkaukasien, hat der deutschen Regierung die Selbständigkeit der Republik Georgien notifiziert und gleichzeitig um die Anerkennung der neuen Republik nachgesucht. Die Abordnung hat schließlich die Einberufung einer Konferenz beantragt, in der zwischen der Republik Georgien und den Vertretern der vier Mittelmächte über die näheren Fragen verhandelt werden solle. Die Reichsleitung hat den Gedanken einer solchen Konferenz akzeptiert und versprochen, die Konferenz zu beschicken. Wie wir vernehmen, ist es auch schon zu einer Verständigung über den Ort der Konferenz gekommen; sie wird voraussichtlich in Konstantinopel zusammenkommen.

Briefkasten.

Alle mündlichen und schriftlichen Anfragen (mit Ausnahme der Anfragen von Feldpost-Lesern), werden nur gegen eine **Bezugs-Quittung** der „Volkswacht" erteilt. Briefliche Auskunft wird nur an **auswärtige** Leser in **dringenden** Fällen erteilt, an Breslauer Leser nicht.

Mehrere Feldleser. Die Zeitung muß im voraus bezahlt werden und kostet vom 1. Juli ab für den Monat 1,35 Mark, für das Vierteljahr 4,— Mark. Wir empfehlen die in den nächsten Tagen beiliegenden Postscheck-Formulare zum Einsenden des Bezugspreises zu benutzen.

M. K. 97. Selbst mit der ganzen Dienstzeit kommen keine 200 Beitragswochen zusammen; Invalidenrente können Sie also nicht erhalten. Wenn Sie wieder arbeiten und später genug Marken geklebt haben, erhalten Sie, falls Sie erwerbsunfähig sind, auch die Invalidenrente.

Ref. V. D. Darüber sind wir nicht unterrichtet.

B. L. Anfragen, denen keine Bezugsquittung beiliegt, werden nicht beantwortet. Eine Bezugsquittung erhalten unsere Leser auf Wunsch von den Zeitungsträgerinnen.

A. H. 36. Ist vierteljährliche Kündigung ausgemacht, so muß sie auch eingehalten werden. Geschieht das nicht, so ist ein Grund zur Entschädigungsklage gegeben, wenn die Wohnung in der Kündigungszeit leersteht.

Krankenw. 59. Von Beschlagnahme der Anzüge ist keine Rede. Es heißt nur, wer mehr Anzüge als nötig hat, soll einen Anzug freiwillig abgeben. Das gilt auch für die Eingezogenen.

H. K. Dies sagen doch die beiden Worte selbst. Eine Kriegsdienstbeschädigung ist eine Dienstbeschädigung, die durch den Krieg herbeigeführt ist. Alle Dienstbeschädigungen, die nicht unmittelbar oder mittelbar durch den Krieg und seine besonderen Fährlichkeiten herbeigeführt sind, gelten als Friedensdienstbeschädigungen. Wer eine Kriegsdienstbeschädigung erlitten und eine Rente erhält, dem wird in jedem Falle eine Kriegszulage von monatlich 15 Mk. gezahlt, außerdem werden ihm bei Verstümmelungen noch Zulagen von monatlich 27 Mk. bei einfacher Verstümmelung oder 54 Mk. bei doppelter Verstümmelung gezahlt.

Stud. 4, Lipine. Das ist uns auch nicht bekannt.

Nach Ratibor. 1. Schreiben Sie an den Breslauer Vorsitzenden des Feuerbestattungsvereins Justizrat Marcuse in Breslau I, Königsstraße 3. 2. Gewiß; wenn ein Kind in dem einen oder anderen Fache noch schwach ist, kann es zu längerem Schulbesuch angehalten werden, auch über das vierzehnte Lebensjahr hinaus.

M. H. Es müßte an den Regierungs-Präsidenten in Posen geschrieben werden. Die gewünschte Auskunft werden Sie aber nicht erhalten; das Schreiben ist zwecklos.

Kraftf. P. G. B 45: ein sog. hohler Rücken, bei welchem die Wirbelsäule von den oberen Wirbeln an zu stark nach hinten abweicht, während ihr unterer Teil zu stark nach vorn eingebogen ist.

Maggi.

Infolge der anhaltenden Steigerung der Rohstoffpreise und der Betriebskosten sah auch die Maggi-Gesellschaft sich gezwungen, die bisher eingehaltenen Friedenspreise zu erhöhen.

Die neuen amtlich genehmigten Preise sind:
Maggi's Würze in Originalflaschen Nr. 3
(etwa 250 Gramm) Mk. 2,45
Maggi's Würze in großen Flaschen Nr. [illegible]
(etwa 1400 Gramm) Mk. 8,50.

Der neue Nachfüllpreis für 100 Gr. Maggi's Würze beträgt 65 Pfg.

Maggi's Fleischbrühwürfel [illegible] Einzelverkauf 5 Pfg.

Der anerkannte Ruf der Maggi-Gesellschaft bürgt für die Qualität ihrer Erzeugnisse

Zeiss Punktal [illegible]
die besten der Welt, alle Arten [illegible]
Augen-Optiker Fiedler
Albrechtstr. 10 – Schweidnitzerstr. 42